

# Kleine Geschichte Polens

Von  
Manfred Alexander

Philipp Reclam jun. Stuttgart

2003

pp. 72 - 83  
89 - 102  
141 - 154  
154 - 185

### Die zweite Generation der Jagiellonen (1434–1492)

Dem König, der mit zehn Jahren die Herrschaft antrat, war nur ein kurzes Leben beschieden; in den dynastischen Problemen, die nun zu lösen waren, führten Oleśnicki und der Kanzler Jan Koniecpolski die Feder. Zum einen betraf dies die Nachfolge Witolds in Litauen, wo Jagiełło noch den jüngeren Bruder Witolds, Swidrygiełło (Swidrigailas) in die Würde des Großfürsten eingesetzt hatte, was jedoch dessen Bruder Zygmunt zu einem Krieg veranlasst hatte. Als Zygmunt 1440 ermordet wurde, übernahm gemäß Erbrecht Władysław die Würde des Großfürsten und setzte seinen Bruder Kazimierz als Statthalter in Litauen ein. Inzwischen war Kaiser Sigismund 1437 gestorben, und in Ungarn folgte ihm sein Schwiegersohn Albrecht von Habsburg, der sich im Königreich Böhmen einer starken Opposition gegenüber sah. Von dieser wurde zunächst der polnische König Władysław gewählt, dann aber auf Vorschlag des polnischen Adels, der auf eine Anwesenheit des jungen Königs in Polen bestand, dessen Bruder Kazimierz. Unter Einsatz Oleśnickis suchte dieser eine Einigung mit Albrecht, der die Krone Böhmens übernahm, jedoch bereits 1439 starb; erst nach seinem Tode wurde sein Sohn Ladislaus (latinisiert für Władysław, genannt Postumus) geboren, für den seine Mutter die Krone Ungarns beanspruchte. Diese hatte aber inzwischen Władysław übernommen, und er vereinbarte mit der Mutter des Ladislaus, die Krone bis zur Volljährigkeit seines Konkurrenten zu tragen. Dazu kam es jedoch nicht. Im Krieg mit den Osmanen wurde sein Heer am 10. November 1444 bei Varna vernichtet geschlagen und er selbst getötet. Als Władysław »von Varna« (*warnańczyk*) ist er deshalb in die Geschichte Polens eingegangen, für das er in seiner Regierungszeit nichts erreicht hatte: Die Personalunion mit Ungarn hatte nur Verluste gebracht, die Uni-

on mit Litauen war praktisch unterbrochen, und im Lande herrschte ein Streit des Adels.

Die Nachricht vom Tode des jungen Königs wollte man in Polen zunächst nicht glauben. Erst mit Verzögerung beschloss der Adel im April 1445 in Sieradz, dem Bruder Kazimierz die Krone Polens anzutragen. Man hoffte, die Union mit Litauen, die durch die Selbsterhebung von Kazimierz zum Großfürsten gefährdet war, im Sinne der Vereinbarungen von Jedlno zu erneuern und vielleicht eine Inkorporation Litauens in das Königreich Polen zu erreichen. Kazimierz zögerte, weil er die Unabhängigkeit Litauens und seine eigene Machtstellung dort nicht gefährden wollte. Nach längeren Verhandlungen kam der Adel 1446 in Brest zu dem Beschluss, die alte Personalunion beider Reiche fortzusetzen; im Streit um die Länder im Südosten einigte man sich auf den Erhalt des Status quo: Podolien blieb bei Polen, Wolhynien bei Litauen. Kazimierz bewilligte dem Adel Litauens im Privileg von Wilna 1447 weitere Rechte, die diesen weitgehend mit dem polnischen Adel gleichstellten: Abgabefreiheit, Freizügigkeit und die Zusicherung, Ämter nur an Landesbewohner zu vergeben. Nunmehr konnte Kazimierz IV. »der Jagiellone« (*jagiellończyk*) am 25. Juni 1447 in Krakau zum polnischen König gekrönt werden (1447–1492).

Seit dem Frieden von Brest (1435) waren die Beziehungen zwischen Polen und dem Ordensstaat relativ spannungsfrei gewesen. Unter dem Einfluss des polnischen Adels und bedingt durch die Mitspracherechte des polnischen Königs hatte sich die innere Situation im Ordensland gewandelt, wo die Stände selbstbewusst geworden waren, sich gegen die Steuerforderungen des Hochmeisters wandten und eine Beteiligung an Gerichtsfragen forderten. 1440 bildeten Städte und Landadel den »Preussischen Bund« (»Bund vor Gewalt«), der sich damit einem Verbot durch Papst und Kaiser widersetzte. Als der Hochmeister Ludwig von Erlichshausen eine härtere Poli-

tik gegen die Stände durchsetzen wollte, kam es zur Empörung; die Stände trugen dem polnischen König Kazimierz die Herrschaft an und erhielten von ihm in einer Inkorporationsurkunde eine Bestätigung ihrer bisherigen Rechte sowie die Freiheiten des polnischen Adels (Steuerfreiheit, eigene Landesverwaltung). Es folgte ein Krieg von dreizehn Jahren Dauer, der mit wechselndem Kriegsglück geführt wurde und in dem sich der polnische Adel in Nieszawa/Nessau 1454 weitere Rechte ertrotzte, der aber letztlich dem Orden eine Niederlage eintrug. Symbolisch dafür war, dass der Orden die Marienburg an Söldner verpfändet hatte, die ihrerseits den ehemaligen Sitz des Hochmeisters – der inzwischen nach Königsberg geflüchtet war – an den polnischen König übergaben (1457). Nach weiteren Kämpfen wurde endlich der Zweite Throner Friede geschlossen (1466). Der gesamte Unterlauf der Weichsel, einschließlich der Stadt Danzig, fiel an den König von Polen, ebenso das Bistum Ermland; als »Preußen königlichen Anteils« wurde das Gebiet nicht Kronpolen eingegliedert, sondern stand als Nebenland unter dem Regiment des Königs. Der Orden wurde in das östliche Preußen abgedrängt und der Hochmeister zur persönlichen Huldigung gegenüber dem König verpflichtet. Dieser Bedingung kamen jedoch nur vier seiner Nachfolger nach, was zu weiteren Streitigkeiten mit der Krone führte. Der reduzierte Ordensstaat stellte keine Gefahr mehr für Polen dar, und deshalb war es auch gleichgültig, dass eine weitere Bestimmung nicht erfüllt wurde, nämlich polnische Adelige in den Orden aufzunehmen.

Auf der dynastischen Ebene vermochte Kazimierz seinem Haus neuen Glanz zu geben. Die Ehe mit Elisabeth von Habsburg (1454), der Enkelin des Kaisers Sigismund und Schwester von Ladislaus Postumus, bescherte ihm nicht nur reichen Kindersegen (sechs Söhne und sieben Töchter), sondern auch die Ansprüche auf die Throne von

Böhmen und Ungarn, als Ladislaus 1457 starb. Während sich in Ungarn Matthias Corvinus als König durchsetzen konnte, machte Kazimierz in Böhmen Ansprüche für seinen ältesten Sohn Władysław geltend. Dagegen wählte der utraquistische Adel Jiří/Georg von Podiebrad zum böhmischen König. Da dieser wegen seiner Probleme mit dem Papst keine Chance sah, die Krone seinen Söhnen zu vermachern, bestimmte Jiří den jungen polnischen Prinzen zum Nachfolger, der nach seinem Tode 1471 als Vladislav zum König von Böhmen gekrönt wurde. Keinen Erfolg hatte der polnische König, seinen zweiten Sohn Kazimierz (später der »Heilige«) auf den ungarischen Thron zu bringen, denn Matthias behauptete sich bis zu seinem Tode 1490 in Ungarn, in Mähren und Schlesien. Dann aber setzte sich Vladislav gegen Ansprüche seines jüngeren Bruders Jan Olbracht auch in Ungarn durch. Das Haus der Jagiellonen hatte damit den Zenit seines Einflusses in Europa erreicht und vier Throne vereint: Böhmen, Ungarn, Polen und Litauen. Angesichts dieses Glanzes konnte sich niemand vorstellen, dass der Erbchaftsvertrag mit dem Hause Habsburg, nach Aussterben der Linie des Vladislav die Krone in Böhmen zu übernehmen (1491), in absehbarer Zeit realisiert werden sollte.

Größere Probleme zeichneten sich indes im litauischen Fürstentum ab, das Kazimierz nur ungern verlassen hatte. Im Jahre 1449 hatte er mit dem Großfürsten von Moskau, Vasilij II., dem Enkel Witolds, einen Vertrag über den Grenzverlauf der beiden Einflussbereiche abgeschlossen. Damit war aber auch hier der Zenit erreicht, denn bereits zwei Jahre später geriet das ostslawische Tvef in Moskauer Fahrwasser. Die litauische Einflussnahme auf die beiden Stadtrepubliken Pskov und Novgorod war bereits beendet, bildete aber den Anlass für Angriffe des Großfürsten Ivan III. in den Jahren 1471 und 1478, die mit der Zerstörung der einzigartigen ostslawischen Sonderentwicklung und der »Wegführung« (*vyvod*) der Bevölkerung Novgo-

rods endeten. Moskau hatte seine »Sammlung der russischen Erde« aus dem Erbe der Kiever Ruß begonnen, die in den folgenden Jahrzehnten die meisten ostslavischen Fürstentümer aus dem litauischen Reich herausbrechen sollte (erster moskowitzisch-litauischer Krieg 1486–1494).

Auch im Süden Litauens wuchsen die Probleme, diesmal im Umgang mit den Krimtataren. Wiederholt überfielen tatarische Truppen die südliche Provinz Podolien, z. T. als Folge des Machtkampfes der litauischen Fürsten untereinander. Dahinter aber drängte das Osmanische Reich vor, das 1484 die Schwarzmeerbüfen Kilia und Akkerman erobert hatte. Der polnische Anspruch auf die Moldau – der Hospodar Stefan der Große hatte zeitweise die Oberherrschaft des polnischen Königs anerkannt – war daher kaum durchzusetzen. Nur hier aber war der polnische Adel an einer Unterstützung des Königs interessiert, während die Probleme der litauischen Ostgrenze kaum Beachtung fanden.

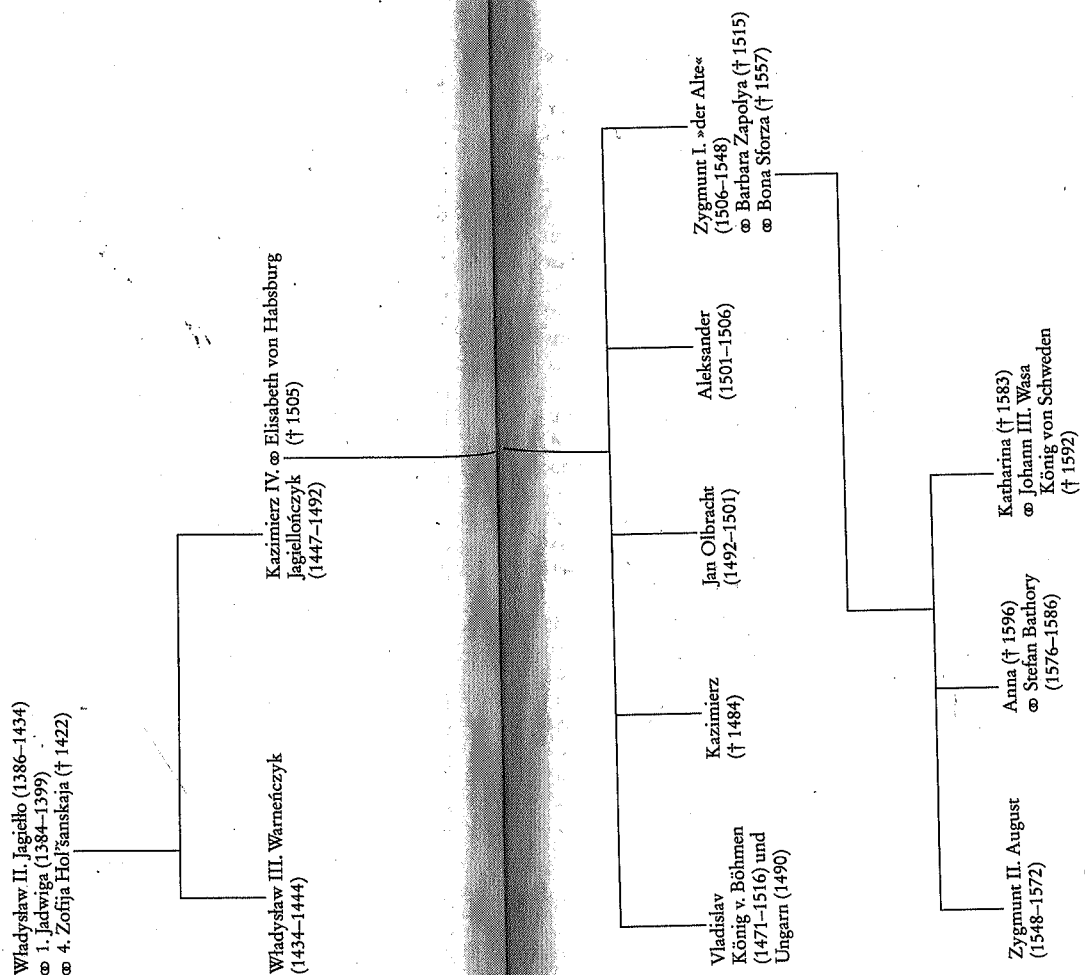
#### Der Weg in die Adelsrepublik (1492–1506)

Als Kazimierz IV. am 7. Juni 1492 starb, stritten sich drei seiner Söhne um das Erbe. Vladislav regierte in Böhmen und Ungarn; in Litauen wurde Aleksander zum Großfürsten ausgerufen, in Polen hingegen wählte der polnische Adel in Piotrków/Petrikau Jan Olbracht (Johann Albrecht), der mit seinen Ansprüchen auf Ungarn gescheitert war, zum König. Diese Doppelwahl verstieß gegen die Abmachungen des polnischen und litauischen Adels und trennte für einige Zeit beide Staaten, förderte aber die innere Entwicklung. Bereits kurz nach seiner Berufung hatte Aleksander die »Herren Räte« in Wilna belohnt, indem er ihnen die Teilnahme an allen Regierungsgeschäften zugesichert hatte. Noch weitergehende Forde-

rungen stellte der polnische Adel seinem neu gewählten König. Im Frühjahr 1493 kamen zu Beratungen über die Frage des Landfriedens in Petrikau, an der Grenze zwischen Großpolen und Kleinpolen gelegen, die Vertreter der Bezirks- und Landtage (*sejmiki*) ganz Polens in einem ersten Reichstag (*sejm*) zusammen; vertreten waren auch die königlichen Räte, die Bischöfe und die Stadt Krakau. Damit war an die Stelle der bisher getrennt tagenden Landtage eine Form der Repräsentation des ganzen Landes getreten: Die in den Landschaften gewählten Abgeordneten des Adels (»Landboten«, *nuntii terrestri, posłowie*) tagten in der Landbotenkammer (*izba poselska*), die Amtsträger der Krone und die Bischöfe sollten den Senat (ab 1505) bilden. Auf einem weiteren Reichstag 1496 erhielt der Adel umfangreiche wirtschaftliche Rechte: Allein Adelige durften Land besitzen und über die Bauern verfügen, deren Recht auf Wegzug aus dem Dorf eingeschränkt wurde; der Adel erhielt das Schankrecht, die Zollfreiheit und die freie Schifffahrt auf der Weichsel; der König versprach, bei Feldzügen vorher die *sejmiki* zu befragen und den *sejm* beschließen zu lassen.

Als Jan Olbracht bereits 1501 starb, wählte der Adel Polens Aleksander zum neuen König (1501–1506), der nun eine Vereinbarung der litauischen und polnischen Magnaten von 1499 umsetzte und versprach, Polen und Litauen in Zukunft als »einen unteilbaren Körper« zu halten. Ein weiterer Schritt wurde im gleichen Jahr vollzogen, als der König den Magnaten zusagte, die höheren Ämter im Staate nur an sie zu vergeben und nur mit ihrer Zustimmung über Königsgut zu verfügen; im Falle von Rechtsverstößen seitens des Königs konnten die Magnaten ihm den Gehorsam aufkündigen (*de non praestanda oboedientia*). Allerdings ging der Szlachta diese Bevorzugung des Hochadels zu weit, und sie erreichte in Petrikau 1503 eine Korrektur mit einem Gesetz gegen die Verschwendung von Krongut. Weiter erzwang die Szlachta 1505 in

#### Die Dynastie der Jagiellonen



Radom die Konstitution *Nihil novi*: Ohne Beteiligung des Adels (im Sejm und Senat) sollten hinfort keine neuen Gesetze erlassen werden. Dies stellte die »Verfassung« der »Adelsrepublik« (*res publica, Rzeczpospolita*) dar, die im Wesentlichen bis zum Ende des polnischen Staates Bestand hatte.

Die Zeit nach dem Tode von Kazimierz IV. prägten Kriege zur Verteidigung der Grenze Polens im Südosten, wo das Osmanische Reich die Oberherrschaft über die Moldau erzwungen hatte. Jan Olbracht hatte einen Feldzug gegen die Türken vorbereitet und zu dessen Unterstützung dem Adel wirtschaftliche Privilegien eingeräumt (1496), aber der Feldzug verlief erfolglos; im Gegenzug drangen Türken und Tataren weit in polnisches Gebiet vor, ehe 1503 ein Waffenstillstand die Ruhe wiederherstellte. Das militärische Gewicht hatte sich zu Ungunsten Polens verschoben.

Noch gravierender waren die Verluste Litauens in dieser Zeit. Die Ehe Aleksanders mit der Tochter Ivans III., Elena (1494), hatte keinen Frieden zur Folge, sondern einen verstärkten Druck Moskaus auf die östlichen Gebiete Litauens und auf die litauische Innenpolitik, weil sich Ivan über eine Benachteiligung der orthodoxen Gläubigen beschwerte. In einem zweiten Krieg (1500–1503) verlor Litauen weite Gebiete im Nordosten, Osten und Südosten, wo Moskau seinen Einfluss bis an den Steppengürtel ausdehnte. Ein Waffenstillstand auf sechs Jahre brachte hier schließlich eine Atempause. Als König Aleksander am 19. August 1506 starb, hinterließ er seinem Nachfolger eine Menge ungelöster Probleme.

## Das »goldene Zeitalter« unter den beiden letzten Jagiellonen (1506–1572)

Zygmunt I. »der Alte« (*stary*) folgte seinem Bruder in Litauen ohne Probleme als Großfürst und wurde im Dezember 1506 in Petrikau zum polnischen König gewählt (1506–1548). Im Vordergrund stand für Litauen zunächst die Rivalität mit Moskau. Ein dritter Krieg – teils mit, teils ohne tatarische Unterstützung – endete mit dem »Ewigen Frieden« von 1508, der jedoch bald in einen vierten Krieg überging, in dem Moskau 1514 die Festung Smolensk eroberte. Trotz einiger litauischer Erfolge besiegelte 1522 ein Waffenstillstand den Status quo, was für Litauen weitere Landverluste und den Verzicht auf Smolensk bedeutete. Nach dem Tode Vasilij III. 1534 folgte ein fünfter Krieg, der Moskau weite Gebiete nördlich von Polock einbrachte und mit einem Waffenstillstand endete, der von 1537 (nach Verlängerungen) bis 1562 halten sollte. Als Nachfolger des litauischen Reiches im Besitz der Länder des alten Kiev strebte Moskau nun nach Livland und zur Ostseeküste.

Die Verteidigung im Südosten war Aufgabe des polnischen Königs und des polnischen Adels. Ein Bündnis mit dem Khan der Krimtataren brachte weder im Krieg gegen Moskau noch in der Ausschaltung von Überfällen tatarischer Gruppen Erfolge. Hier sollte erst ein neues Element eine Wende schaffen, die Kosaken. Dies waren ostslawische Bauern, die ihren Gutsherren im Moskauer Russland entflohen waren (»Läuflinge«, *beglye ljudi*) und in der Steppe die Lebensweise und die militärische Organisation der Tataren übernommen hatten. Unter ihrem Schutz drängen die Bauern allmählich in die Steppe nördlich des Schwarzen Meeres vor und machten dadurch den Landbesitz der Magnaten erst wertvoll. Der Herrschaftsanspruch des polnischen Königs auf die Moldau brachte Grenzkriege mit wechselndem Erfolg, bis die Einnahme der Festung

Chocim (1538) eine Ruhepause schuf. Über Podolien und den südöstlichen Teil Polens warf aber bereits das Osmanische Reich seinen Schatten.

Eine unerwartete Lösung fand indes der Dauerkonflikt mit dem Deutschen Orden. Kein Hochmeister hatte dem polnischen König freiwillig den im Zweiten Thorner Frieden geforderten Treueid geleistet; mit der Wahl des Reichsfürsten Herzog Friedrich von Sachsen (1498–1510) zum Hochmeister war diese Bestimmung erst recht nicht mehr durchzusetzen. Als letzter Hochmeister wurde Albrecht von Hohenzollern-Ansbach gewählt (1511–1525/1568), mütterlicherseits ein Neffe des polnischen Königs; es bestand daher durchaus die Möglichkeit, dass er seinem bis dahin kinderlosen Onkel auf dem polnischen Thron nachfolgen könne. Aber die Reformation mit ihrem raschen Vordringen in der deutschsprachigen Bevölkerung veränderte die Lage grundlegend. Martin Luther selbst schlug Albrecht in Gesprächen in Wittenberg vor, den Orden mit seinen nur noch etwa fünfzig Rittern aufzulösen und das Ordensland in ein weltliches Herzogtum unter der Oberherrschaft des polnischen Königs zu überführen. In Verhandlungen mit Zygmunt wurde ein Lehnungsvertrag ausgearbeitet, in dem Albrecht zusammen mit seinen drei Brüdern mit dem nunmehr »herzoglichen Preußen« belehnt wurden. Im Falle des Aussterbens der Ansbacher Linie der Hohenzollern sollte das Land an den König fallen, der dann einen Statthalter aus dem lokalen Adel einzusetzen versprach. Mit der feierlichen Huldigung (*huda pruska*) am 10. April 1525 auf dem Marktplatz in Krakau endete die Geschichte des Ordenslandes mit dem – vorläufigen – völligen Sieg Polens. Niemand konnte damals vorausahnen, dass Preußen in anderer Form zu einem Problem für Polen werden würde.

Fast zur gleichen Zeit gelang die Rückgewinnung Masurens, das mittlerweile in viele fast selbstständige Fürstentümer unter der Lehnsherrschaft des Königs zerfallen

war. 1529 konnte Zygmunt das Gebiet gegen den Widerstand des lokalen Adels einziehen und als Wojewodschaft dem Königreich eingliedern. Damit begann der Aufstieg von Warschau/Warszawa von einer abgelegenen Provinzstadt zur Residenz, weil die Stadt zentral auf dem wichtigsten Verbindungsweg zwischen den Zentren in Polen und Litauen lag und sich deshalb als Ort für die Wahl des Königs (im nahegelegenen Wola), bald auch für die Tagungen des Sejms (erster Sejm 1529) und schließlich als Residenz des Königs anbot.

Die Sicherung der Dynastie erforderte stets persönliche und politische Überlegungen. Erst mit 45 Jahren hatte Zygmunt 1512 Barbara Zapolya geheiratet, die Schwester des Wojewoden von Siebenbürgen, der Ansprüche auf den ungarischen Thron erhob. Dies brachte ihn in Gegensatz zum Hause Habsburg, denn Kaiser Maximilian versuchte, die Krone Ungarns zurückzugewinnen. Bereits 1515 starb die junge Königin, und unter Vermittlung des Kaisers heiratete Zygmunt 1518 Bona Sforza aus Mailand, eine Nichte der zweiten Gemahlin Maximilians und Tochter von Giovanni Galeazzo Sforza, der im Machtkampf in Mailand unterlegen war. Mit der Königin Bona, der einzigen Italienerin auf dem polnischen Thron, verbinden sich zwei bemerkenswerte Entwicklungen in Polen: Zum einen brachte sie ein anderes Politikverständnis aus Italien mit, das gemäß den Schriften von Machiavelli Politik als rationale »Kunst« verstand; im Streit um die Stärkung der Stellung des Königs sollte sie dies im polnischen Adel wenig beliebt machen; zum anderen öffnete sie Polen für den italienischen Einfluss in allen Bereichen der Kultur (Humanismus), was sich im Baustil von Bürgerhäusern und adeligen Residenzen (darunter auch der Wawel in Krakau) bis heute zeigt.

Zur Sicherung der Nachfolge des 1520 geborenen einzigen Sohnes Zygmunt August konnten die »Herren Räte«

nend gegenüberstanden. Auf einem »Feldlagerreichstag« vor Minsk (1567) wurde der Druck des litauischen Adels schließlich so stark, dass Zygmunt August einen gemeinsamen Reichstag nach Lublin einberief. In getrennten Beratungen wurden mühsam die Bedingungen für einen engeren Zusammenschluss festgelegt. Der König verzichtete auf sein Erbrecht in Litauen und schlug weite Gebiete in der Ukraine und Weißrussland dem Königreich Polen zu. Das königliche Preußen wurde mit eigenem Landtag Polen inkorporiert. Am 1. Juli 1569 wurde der Unionsvertrag ausgefertigt: beide Länder sollten künftig »ein unteilbares und unzertrennliches Ganzes« bilden. Der König sollte im Königreich Polen gewählt und in Krakau gekrönt werden; der gemeinsame Reichstag sollte jedes dritte Mal in Litauen zusammentreten; die Außenpolitik und das Münzwesen waren einheitlich. Allerdings bewahrten beide Länder ihre Individualität, behielten ihre eigene Verwaltung, ihr Heer und ihr eigenes Recht. Livland sollte von beiden gemeinsam verwaltet werden. Nur das Herzogtum Kurland und das herzogliche Preußen blieben dem König direkt unterstellt und bewahrten ihre Sonderrechte.

Vordergründig war Polen der Gewinner in der Union, da sein Territorium von rund 260 000 km<sup>2</sup> auf 815 000 km<sup>2</sup> angewachsen war und es nun rund 7,5 Millionen Bewohner umfasste. Polnische Sprache und Kultur drangen weit in ostslawisch und baltisch besiedelte Gebiete vor und erfassten den Adel und große Teile der Stadtbevölkerung. Dem standen aber langfristige Nachteile gegenüber, denn in Hinsicht auf die ethnische Vielfalt suchte das Doppelreich in Europa seinesgleichen. Der Erwerb riesiger Latifundien verschob die Balance in den Besitzverhältnissen im Adel und vertiefte die Spaltung in Magnaten und Szlachta; Polen gewann Anteil am »wilden Feld« (*dzikie pole*) der Steppe mit allen ihren Gefahren; und schließlich war Polen zum direkten Nachbarn des Moskauer Reiches

geworden, das sich allmählich vom Rivalen zum Gegner entwickeln sollte.

Als höchstes Recht betrachtete der Adel die freie Königswahl, die bisher zwar theoretisch gegolten hatte, aber nicht praktiziert worden war. Der Ernstfall trat ein, als Zygmunt II. August am 7. Juli 1572 unerwartet starb und das Haus der Jagiellonen im Mannesstamm erlosch. Die neue Freiheit musste sich erst bewähren, da keine Maßnahmen getroffen und keine Verfahren eingeübt worden waren. In den folgenden Interregna entwickelten sich die Grundlagen der Adelsrepublik (*rzeczpospolita szlachecka*) eher spontan und aus Augenblickserfordernissen denn als durchdachter Plan; sie sollten im Wesentlichen bis zum Untergang des Staates Bestand haben.

### Verfassung und Gesellschaft Polens im »goldenen Zeitalter«

Der Adel als praktisch abgeschlossener Stand verkörperte die Nation. Etwa 8 % der Gesamtbevölkerung (rund 600 000 Menschen) gehörten zum Adel, während in den meisten europäischen Ländern der Anteil des Adels zwischen 0,3 % (Frankreich) und 1,0 % lag. Die Lebensgrundlage war der Landbesitz; bürgerliche Berufe galten als ehrenrührig. In der Rechtsstellung waren alle Adeligen gleich, in ihren Besitzverhältnissen gab es jedoch große Unterschiede. Die Magnaten besaßen riesige Latifundien, auf denen sie wie »Kleinkönige« (*królewietą*) in ihren Residenzen lebten; allerdings war dieser Besitz selten »aus einem Stück«, sondern erstreckte sich über mehrere Provinzen und ließ sich deswegen nicht zu einem einheitlichen Territorium umgestalten, an den sich der Name eines Geschlechtes dauerhaft binden konnte. Durch Ämter im Staat konnte der Besitz einer Familie rasch wachsen,

durch Erbteilungen wieder schrumpfen. Etwa 300 Familien gehörten zur nächsten Gruppe der Reichen, die über einige Städte und Dutzende Dörfer verfügten. Insgesamt machte die Schicht der Reichen und Superreichen nur etwa 1 % des Adels aus, besaß aber 25 % des Territoriums. Die große Masse des Landadels in den polnischen Kerngebieten besaß einige Dörfer und Gutshöfe. Die Mitglieder dieser Gruppe hatten ein solides Vermögen (*bene natus et possessionatus*), konnten Bildung und Ansehen erwerben; sie übten die Ämter im Bewusstsein des Dienstes für den Staat aus und waren das Rückgrat des Staates. Charakteristisch für den Adel in Polen war aber der große Anteil von armen oder völlig besitzlosen Adeligen, die sich in der Lebensweise nicht von Bauern unterschieden. Ganze Dörfer wurden von solchen armen Szlachcicen bewohnt; in Masowien machten sie etwa 20 %, in Podlachien gar 25 % des Adels aus. Erbteilungen oder Massennobilitierungen hatten zu diesem Phänomen geführt. Die Angehörigen dieses »grauen Adels« (*szlachta szaraczkowa*) suchten ihren Lebensunterhalt im Dienste anderer Adeliger, von denen sie als »Pöbel« (*gotota*) bezeichnet und nur notgedrungen als Gleiche akzeptiert und mit der Anrede »Bruder« (*brat*) gewürdigt wurden. In der Spannweite des Besitzes repräsentierte der Adel die Gesamtbevölkerung des Staates.

Gemeinsam waren allen Adeligen die politischen Rechte, die ökonomischen Vorrechte und das Standesbewusstsein, auch das Bewusstsein der Verantwortung für den Staat (*aequalitas et libertas, równość i wolność*), sodass man – trotz der Vermögensunterschiede – von einer geschlossenen Kulturgemeinschaft sprechen kann. Nur mit Adeligen waren die politischen und die höheren geistlichen Ämter zu besetzen; die Amtsträger wurden mit Krongut dafür entschädigt. Das Nutzungsrecht galt auf Lebenszeit, und wer mehrere Ämter auf sich vereinigen konnte, vermehrte seinen Wohlstand beträchtlich und

konnte ihn auch manchmal weitervererben. Gegenüber all den Rechten, die der Adel dem König abgetrotzt hatte, stand nur die Pflicht zur Landesverteidigung im allgemeinen Aufgebot (*pospolite ruszenie*). Dies wurde eng ausgelegt, denn das Heer durfte nicht länger als drei Stunden über die Landesgrenze geführt werden; andernfalls hatte der König die Auslagen zu erstatten.

Der König war der vornehmste Amtsträger der Adelsrepublik (*primus inter pares*) und ihr Repräsentant nach außen; im Prinzip konnte jeder Adelige zum König gewählt werden. Bis zum Interregnum 1572/73 war die Wahl durch die Magnaten oder den Sejm erfolgt, danach setzte sich das Prinzip durch, dass jeder Adelige persönlich an der Wahl teilnehmen durfte (*viritem*). Dies wurde als wichtigstes Recht (*prawo kardinalne*) der Adeligen betrachtet und als »Augäpfel der Freiheit« (*pupillae libertatis, zrenice wolności*) verteidigt. Bei jeder Wahl hatte der König die alten Rechte zu beschwören und eventuell neue Privilegien zu erteilen. Seine eigenen Rechte waren zugleich seine Pflichten: Er berief den Sejm ein, legte die Tagesordnung (Gesetzentwürfe, Steuern, Krieg) fest und verkündete die Ergebnisse. Er vergab die Kronämter und war für die Amtsführung verantwortlich, obwohl er aus eigener Macht niemanden absetzen konnte. Hierzu bedurfte es, ebenso wie in Fragen der Außenpolitik, der Mitwirkung des Senats. Das klassische Instrument der Herrschaft, das Heer, unterstand dem Hetman, der vom Sejm gewählt wurde und diesem verantwortlich war. Nur aus seinem Besitz und dem Ertrag der Nebenländer konnte der König eigene Truppen aufstellen, durfte aber ohne Zustimmung des Sejms keinen Krieg führen. Alle diese Bestimmungen lassen sich auf die Grundfurcht des Adels zurückführen, dass der König sich die Mittel verschaffen könnte, um die bestehenden Rechte und Freiheiten des Adels einzuschränken (*dominium absolutum*). Ihm blieb, neben dem Titel »Majestät«, im Wesentlichen die Auswahl



der Personen für die Staatsämter; bei geschickter Politik konnte er damit im Machtgeflecht des Reiches indirekt einen großen Einfluss ausüben.

Dem König zur Seite stand der Senat, der aus einem Beratergremium des Königs zu einem selbstständigen Verfassungsorgan geworden war, dessen Macht die des Königs einschränkte und der die Brücke zur allgemeinen Adelsvertretung, der Landbotenkammer, darstellte. Dem Senat gehörten die Minister an, allen voran der Kronmarschall (*marszałek koronny*), der den Vorsitz innehatte und am jeweiligen Aufenthaltsort des Königs weitgehende Rechte besaß. Für die Hofhaltung verantwortlich war sein Vertreter, der Hofmarschall, was zeigt, dass Kronämter und Staatsämter noch nicht streng getrennt waren. Die Kontrolle der Staatsverwaltung oblag dem Kanzler (*kanclerz*), der auch die Außenpolitik leitete; sein Vertreter war der Unterkanzler (*podkanclerz*); einer der beiden musste ein Geistlicher sein. Für die Finanzen war der Kronschatzmeister (*podskarbi koronny*) zuständig. Geborene Mitglieder waren die geistlichen Würdenträger, allen voran der Primas und Erzbischof von Gnesen, der seit dem Interregnum als Übergangskönig (*interrex*) fungierte. Insgesamt gehörten 17 Bischöfe dem Senat an, davon 13 aus Kronpolen, und nur katholische Bischöfe waren dazu berechtigt. Ihnen folgten 34 Wojewoden (*palatinus*), die in ihren Amtsbezirken das Gerichtswesen, die Finanzen und das Heer kontrollierten sowie für die Juden zuständig waren. Von den insgesamt 87 Kastellänen, deren Sitz eine Stadt oder Burg war, gehörten nur die 35 bedeutendsten dem Senat an. Um 1505 betrug die Zahl der Senatoren 87 Personen und stieg nach der Union von Lublin auf 140. Diese »älteren Herren Brüder« entstammten zumeist den wichtigsten und reichsten Familien des Landes und strebten danach, die Würde (und die Einkünfte) bei ihren Familien zu belassen. Bei den Sejmverhandlungen hatte der Senat einen Vorsprung vor der Landbotenkammer darin,

dass seine Mitglieder die Vorlagen begründen und damit als erste Stellung nehmen konnten.

Das wichtigste und oberste Organ der Selbstverwaltung des Adels war die Landbotenkammer. Aus Virilversammlungen der Adeligen einer Landschaft (*ziemia, powiaty*) waren im Laufe der Zeit Landtage (*sejmiki*) entstanden, in denen alle lokalen Adeligen an Beratungen von Gesetzentwürfen des Königs teilnehmen konnten. Sie wählten dann ihre Vertreter für die Landbotenkammer (*izba poselska*) und gaben ihnen strikte Anweisungen auf den Weg (imperatives Mandat, allgemein nach 1573). Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens im Sejm hatten sie ihren Urwählern Bericht zu erstatten. Der König als Präsident, der Senat und die Landbotenkammer zusammen bildeten den Reichstag (*sejm*), das oberste Organ des Reiches.

Die Formen des polnischen Parlamentarismus und seine Geschäftsordnung waren auf dem Wege der Praxis entwickelt worden, und die einzelnen Kompetenzen wurden nie genau abgegrenzt. Teils Gewohnheitsrecht, teils neue Rechte oder ihre Einschränkung bestimmten das Verfahren, das auch nach den Festlegungen von Lublin und im nachfolgenden Interregnum nicht abgeschlossen war. Der König blieb Gesetzgeber in jenen Bereichen, die nicht direkt von den Interessen des Adels bestimmt waren; hierzu zählten die innere Verfassung der königlichen Städte, die Rechte der Judenschaft, die Regelung des Verhältnisses zu den Nebenländern und die Lage der Bauern auf den königlichen Gütern. Dies unterstreicht den ständischen Charakter des Reichstages, denn nicht um die abstrakten Interessen des Staates (*res publica*) ging es den adeligen Vertretern, sondern um ihre Rechte und Privilegien (*summa rerum privatarum*). Zu Beginn des 16. Jahrhunderts zählte die Landbotenkammer kaum vierzig Abgeordnete, weil die Wojewodschaften und Länder der Krone Polen nur jeweils zwei Vertreter entsandten. Durch die Inkorporationen, durch die Union mit Litauen und wegen des

wachsenden Interesses der Landtage, mit möglichst vielen Abgeordneten im Sejm vertreten zu sein, wuchs ihre Zahl zu Ende des Jahrhunderts auf 162 an; dazu kamen der Möglichkeit nach die Vertreter des königlichen Preußen und Livlands, die aber selten erschienen.

Der ordentliche Reichstag trat in der Regel alle zwei Jahre im Herbst nach der Ernte zusammen, und zwar seit der Union von 1569 in Warschau; der König konnte aber in dringenden Fällen in Absprache mit dem Senat außerordentliche Reichstage einberufen. Eine genaue Geschäftsordnung gab es nicht, und schon Zeitgenossen haben sich über den chaotischen Ablauf der Verhandlungen im Sejm und mehr noch in den Sejmiki beklagt. Die Äußerungen politischer Meinung waren abhängig von Wissen und Bildung, und sie wurden kompliziert durch eigene Interessen, Gruppeninteressen und schließlich Korruption, Ämterhandel und Schuldenerlass. Ausländische Beobachter haben immer wieder gestaunt, wie das System von Bestechung, Angabe und aufrichtiger Hingabe an die Sache schließlich doch funktionierte; ausschließlich Korruption als Grundlage des parlamentarischen Systems der Adelsrepublik zu sehen trifft sicher nicht die Sache. In diesem Zusammenhang ist auch das Wort entstanden, das oft zur Abwertung ganz Polens benutzt wurde: »Polen wird durch Unordnung regiert« (*Polonia confusione regitur, Polska nierządem stoi*); für andere Parlamente zu verschiedenen Zeiten kann man dies aber ebenfalls feststellen. Das Ziel der Politik war die herrschaftsfreie Selbstregierung der Staatsbürger, also des Adels (*anarchia*), und die Abwehr jeden Versuchs einer Tyrannei (*dominium absolutum*). In der politischen Praxis bedeutete dies jedoch oft die Einigung auf einen Minimalkonsens oder Stagnation, denn die Beschlüsse des Sejms mussten einmütig gefasst werden und wurden insgesamt verkündet. Das oberste Prinzip der Gleichheit der Staatsbürger war gewiss ehrenhaft und hätte auf einer Insel vielleicht Erfolg gehabt; in

der politischen Praxis und angesichts der divergierenden Interessen von Magnaten und Adelscliquen sowie unter dem Einfluss auswärtiger Mächte sollte die Übersteigerung des Prinzips adeliger Freiheit in den Untergang des Staates führen.

Mit einem Anteil von um 80 % stellten die Bauern das größte Segment der Bevölkerung, das sich entsprechend dem Rechtsstatus weiter aufgliederte. Neben freien Bauern – meist landfremde Siedler – gab es freie Pächter; die Bauern auf Krongut und auf Kirchenland unterschieden sich von den Bauern auf Adelsland; Letztere machten wohl mehr als die Hälfte der Landbevölkerung aus. Im Statut von Petrikau 1496 hatte der Adel das Privileg auf den alleinigen Landbesitz erhalten; das bedeutete, dass die Bauern nicht Eigentümer des Landes waren, das sie bewirtschafteten. Für die Zuteilung von Land mussten sie Leistungen erbringen, entweder einen Pachtzins in Naturalien oder Geld abliefern oder Fronarbeit auf Herrenland verrichten. Seit den Reichstagen von Bromberg/Bydgoszcz und Thorn/Toruń 1519/20 hatten die Bauern auf Adelsland für eine Hufe Land (16,5 ha) einen Tag Frondienst in der Woche zu leisten; wer aber bereits zu mehr verpflichtet war, blieb darauf festgelegt. Mit der Bestimmung von 1532, dass kein Bauer das Dorf ohne Einwilligung seines Grundherrn verlassen durfte, wurden die Bauern endgültig an Dorf und Scholle gebunden.

Die Bauern unterlagen der uneingeschränkten Gerichtsbarkeit des Grundherrn; der Herr verfügte über Hab und Gut, über Leben, Gewissen und die Religion. Nur das Gewohnheitsrecht und die Angst, die Bauern könnten sich auflehnen oder fliehen, setzten der Willkür Schranken. Die Gründe für die Verschlechterung der Lage der Bauern im 16. Jahrhundert lagen vor allem darin, dass die Landbewirtschaftung umgestellt worden war. Gab es zuvor hauptsächlich das System der Schulzen, die als Beauf-

tragte des Herrn oder als gewählte Vertreter in den Dörfern eine gewisse Aufsicht geführt hatten, so drang im 16. Jahrhundert die Eigenwirtschaft vor (Vorwerk, *folwark*), die zur Fronarbeit zwang. Der Grund lag in dem lohnenenden Getreideexport über die Weichsel und die Ostsee, was ein Anreiz zur Abschaffung der Subsistenzwirtschaft und zu mehr Effektivität der Produktion war.

Zur Fron traten andere Belastungen, die je nach Gegend unterschiedlich waren und meist der Versorgung des Herren dienten. Dem Grundherrn stand auch das Brenn- und Schankprivileg zu; er besaß das Mühlenmonopol und das Vorkaufsrecht für überschüssige Produkte. Zu gewissen Anlässen, wie Hochzeiten oder Taufen, war der Bauer verpflichtet, bestimmte Mengen an Bier und Branntwein abzunehmen; meist konnte er seine Einkäufe auch nur über die Herrenwirtschaft tätigen. Auf diese Weise schöpften die Herren zusätzlichen Gewinn von ihren Bauern ab. Die härtesten Lasten trugen die Bauern dort, wo Verwalter auf Herrenland (arme Adelige oder Juden) einen schnellen Gewinn anstrebten, weil sie hohe Ablösesummen zu zahlen hatten und nicht wussten, wie lange sie das Amt würden ausüben können. Die Zunahme der Bevölkerung verschärfte die Situation, da Meliorationen ungebrauchlich waren. So wuchs die Gruppe der armen Häusler oder Kätner, der Landarbeiter und Einlieger stetig an und umfasste etwa 40 % der Landbevölkerung.

Bauern auf Krongut, auf geistlichen und staatlichen Gütern machten rund 30 % aus; ihre Lage war dann schlecht, wenn sie für den Nutzer eines Staatsgutes einen raschen Gewinn erwirtschaften sollten. Etwa ein Sechstel der Bauern galten als Freisassen, die einen anderen Rechtsstatus bewahren konnten. Dazu zählten die muslimischen Tataren und die jüdischen Karaim (Karäer), während die Bauern zu deutschem Recht ihre ursprünglichen Freiheiten allmählich eingebüßt hatten. Dagegen waren seit 1547 holländische und niederdeutsche Mennoniten am Weich-

sellauf ansässig, um das Land zu entwässern und urbar zu machen (Holländereien); sie besaßen das Land zu Eigen und entwickelten sich zu einer begüterten freien Bauernschicht. Im Karpatenvorland lebten Bauern zu walachischem Recht vornehmlich als halbfreie Hirten (*górale*). Zu nennen sind schließlich ostslawische Bauern, die aus religiösen Gründen die Heimat verlassen hatten (Altgläubige, *raskol'niki*) und in Litauen in abgeschiedenen Dörfern lebten.

Obwohl eine zeitgenössische Redewendung Polen als »Hölle für die Bauern« (*Polonia infernus rusticorum*) bezeichnet, war ihre Lage wohl nicht wesentlich schlechter als in anderen Teilen Europas. Eine Degradierung der Bauern zur Ware, die man kaufen und verkaufen konnte, wie später im Zarenreich, ist in Polen nicht zu finden. Der Adel achtete auf den Ertrag des Landes, und dies bedeutete, dass der Grundherr seine Bauern in einem leidlich guten Zustand halten musste.

Im Vergleich mit der deutschen Sozialgeschichte fällt die geringe ökonomische und politische Bedeutung des Städtewesens in Polen besonders auf. Neben die Städte auf Königsgut mit (meist) Magdeburger Recht (*miasta królewskie*) waren Städte auf Adelsgut (*miasta szlacheckie*) getreten, denen ihre Besitzer die Rechte vorschrieben. Zur Zeit der Union von Lublin gab es mehr als tausend Städte in Polen, aber nur acht der kronpolnischen Städte zählten mehr als 10 000 Einwohner, die zudem nicht alle Stadtbürger waren; dazu zählten Krakau mit um 28 000 Einwohnern, Posen und Warschau mit um 20 000, ferner die preussischen Städte, von denen Danzig mit 40 000 Bewohnern alle übertraf. Die große Masse der Städte waren indes kaum mehr als Agrarsiedlungen. Die wesentliche Ursache für die Schwächung der Städte lag darin begründet, dass der Adel die ländliche Struktur begünstigt und die Rechte der Städte beschnitten hatte. Die städtische Oberschicht,

die noch zu Anfang des 16. Jahrhunderts vielfach deutschsprachig gewesen war, hatte den Anschluss an den polnischen Adel gesucht und war am Ende des Jahrhunderts in hohe Ämter aufgestiegen; Familien wie Firlej, Boner und Morsztyn aus Krakau sind dafür Beispiele. Noch gravierender war, dass der Adel in den Bereich des Handels eingedrungen war. Er hatte den Zuzug fremder Kaufleute und die Einfuhr fremder Waren verboten; er besaß nun das Recht auf die Weichselschiffahrt und konnte Wegesteuern und Brückenmaut erheben. Ganze Handelsstraßen wurden verlegt, um den Gewinn abzuschöpfen. Die Preise für Getreide wurden vom Wojewoden festgelegt und damit dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage entzogen. Adelliger und geistlicher Besitz in den Städten unterlag nicht der städtischen Verwaltung und Besteuerung, so dass die Rechtssicherheit verloren ging. Der Landerwerb in den Städten wurde reglementiert, und außerhalb der Stadt war nur dem Adel Landbesitz erlaubt. Entflohenen Bauern durften keine Aufnahme finden. Das Interesse der adligen Grundherren, den städtischen Anteil am Getreide-, Vieh- und Holzhandel und die Stapelrechte zu beschneiden und sogar Vorschriften über die Gewinnspanne der Bürger zu machen, engte die im Mittelalter reichen städtischen Privilegien immer mehr ein und führte zu einer Stagnation des Wirtschaftslebens. Die Handwerktätigkeiten wurden dadurch eingeschränkt, dass der Adel in seinen Dörfern eigene Handwerker beschäftigte. Dagegen wurden den Städten wie den Bauern immer mehr Steuern auferlegt. Die Städte hatten Waffen und Wagen für den Kriegsdienst zu stellen, galten aber als unwürdig für die Landesverteidigung. Sie hatten jedoch die Verteidigungsanlagen in Stand zu halten, auf Reisen des Königs für dessen Verpflegung und Zugtiere aufzukommen; sie mussten für sein Gefolge wie für die Landboten auf dem Weg zum Sejm Quartier bereitstellen. Die Bürger zahlten Grundsteuer, Rauchfangsteuer, Marktabgaben, Schankabgaben,

zeitweise eine Kopfsteuer und hatten für das Winterquartier der Truppen (*hiberna*) zu sorgen. Um den alten Kern der Städte entstanden adelige Vorstädte als Konkurrenten. All dies bewirkte eine allmähliche Verarmung und Provinzialisierung, die am Ende des 16. Jahrhunderts noch keinesfalls abgeschlossen war. Die adelige Vorherrschaft im Staate, die sich in glanzvollen Schlössern darstellte, wurde mit dem Niedergang des Bürgerhauses bezahlt.

Die Städte des königlichen Preußen nahmen eine Sonderstellung ein, allen voran die drei großen Städte Danzig, Elbing und Thorn. Sie besaßen eine eigene starke Vertretung im preussischen Landtag und konnten ihre Vertreter in den Senat schicken, die kleineren ihre in die Landbotenkammer. Die Stadt Danzig hatte das »Gastrecht« bewahrt, d. h. sie konnte den Hafen nach ihrem Gutdünken öffnen oder sperren. Die Stadt unterhielt eine eigene Truppe, die nach innen für Ordnung sorgte, nach außen auch gelegentlich in den Konflikt mit dem König eingriff. In solchen Konflikten setzte sich die mächtige und reiche Stadt meistens gegen den König durch, da dieser den Geldbeträgen Danzigs nur wenig entgegenzusetzen hatte. Die jährlichen Einkünfte der Stadt waren etwa ebenso hoch wie die gesamten Staatseinkünfte Polens. Danzig lebte vom Getreidehandel, und seine deutschsprachigen Bewohner pflegten gute Kontakte zu den polnischen Magnaten, mit denen sie gemeinsame wirtschaftliche Interessen hatten, obgleich sie sich in der Sprache, und nach der Reformation auch im Glauben, unterschieden.

Mit rund 40 % war der Anteil der polnischsprachigen Bevölkerung der größte im Doppelreich, das zusammen mit den Nebenländern um neun Millionen Menschen umfasste. Dazu zählten nicht nur die polnischen Bauern, sondern auch der polonisierte Adel in Litauen und in den ukrainischen Gebieten. Die Landbevölkerung in den Ostgebieten war im Norden litauisch, in Livland lettisch, weiter südlich

weißrussisch, im Süden ukrainisch, rumänisch in der nördlichen Moldau und in den Karpaten. Im Nordwesten, in Pommerellen und im Weichselland gab es einen erheblichen Anteil von Deutschen, ebenso in den größeren Städten, wo aber ein Prozess der Polonisierung eingesetzt hatte. Dazu traten die Juden, die gesondert betrachtet werden sollen.

Allerdings muss angesichts der ethnischen Vielfalt betont werden, dass dies in einem dynastischen Staat kein grundsätzliches Problem darstellte, da der Adel die gemeinsame Klammer war. Der litauische Adel sprach am Ende des 16. Jahrhunderts bereits polnisch, eben »auf Herrenart« (*po pańsku*), während die Bauern sich des jeweils lokalen Idioms bedienten (*po chłopsku*) und mit dem Adel in diesem verkehrten. Die Gebildeten verwendeten Latein wie im übrigen Europa.

Wichtiger für die Zeitgenossen war die Religion als Unterscheidungskriterium. Neben den Katholiken und den Protestanten sind noch die orthodoxen Gläubigen in den östlichen Gebieten zu nennen. Nachdem der Metropolit der Ruß seinen Sitz 1326 nach Moskau verlegt hatte, war in Kiev ein neuer Metropolit eingesetzt worden. Ihm unterstanden neun orthodoxe Bischöfe, die jedoch nicht dem Senat angehörten, wie überhaupt die Orthodoxen praktisch von den hohen Staatsämtern ausgenommen waren.

Die größte nichtchristliche Gruppe waren die Juden. Ihre Zahl betrug um 1500 nach Schätzungen in Polen 18000, in Litauen 6000 (Weinryb) und stieg bis 1578 auf 75000 Männer für Polen und 25000 für Litauen an. Jüdisches Leben bezog sich auf die Gemeinde (*kahal*), in der die Ältesten (*rošim*, *parnassim*) für die Verwaltung, die Steuererhebung, den Unterricht, das Gericht und die Überwachung des Kultus zuständig waren. Über die Einzelgemeinden wurde zur Zeit Zygmunt I. eine landesweite Organisation eingerichtet, die Vierländersynode (*va'ad arba arazot*), und seit 1551 gab es einen Generalrabbinen.

Wenn eine zeitgenössische Redewendung Polen als »Paradies der Juden« bezeichnet, so ist dies sicherlich übertrieben. Sie lebten eher neben als mit den Christen und wurden von diesen im 15. Jahrhundert wegen der Konkurrenz zu christlichen Händlern und Handwerkern aus einer Reihe von großen Städten vertrieben (*privilegium de non tolerandis iudeis*). Sie fanden oft Schutz bei Magnaten in der Verwaltung von Landgütern, als Zollpächter oder in der Pacht der Schänken. Für jede Bestätigung ihrer Rechte mussten sie neben den Steuern jeweils Sonderabgaben leisten. So war die große Mehrheit der Juden arm, ihre Existenz unsicher (»Des Juden Gold ist wie Stroh«), und nur wenigen gelang der Aufstieg durch Geldverleih oder als Ärzte bis an den Königshof. Insgesamt war die Lage der Juden in Polen uneinheitlich, aber besser als in Deutschland. Den Privilegien standen harte Belastungen gegenüber; tatsächliche Rechtlosigkeit in manchen Gebieten korrespondierte mit hohem Rechtsbewusstsein in anderen; in dieser Hinsicht war die Existenz der Juden mit der der übrigen Bevölkerung vergleichbar.

Im Südosten Polens fand sich eine andere kleine Bevölkerungsgruppe, die Armenier, die in Lemberg seit 1367 einen eigenen Bischof besaßen. Auch sie lebten nach eigenem Recht und monopolisierten den Orienthandel, betrieben Kunsthandwerke (Goldschmiede, Teppichknüpfer) und trugen zur Mode des »Orientalisierens« in Polen bei. Interessant ist das Phänomen einer armenischen Kolonie in Polen aus dem Grund, weil hier – wie im Fall der Juden – eine religiöse und ethnische Minderheit lange ihr Eigenleben in einer mehrheitlich anders organisierten Umwelt führen konnte und somit einen weiteren Beweis für die tolerante Einstellung der spätmittelalterlichen polnischen Adelsrepublik darstellt.

Der Begriff »goldenes Jahrhundert« galt auch für die polnische Kultur. Renaissance und Humanismus wurden wie

im westlichen Europa aufgenommen, und Polen stand auf der Höhe der Zeit. Italienischer Einfluss war schon vor der Königin Bona spürbar gewesen; mit ihrer Ankunft verstärkte sich der Zustrom von Baumeistern, Künstlern und Gelehrten, die den deutschen Einfluss, z. B. Veit Stof in Krakau (1447/8–1533), allmählich ablösten. Der Hof und die Universität in Krakau wurden zu Zentren der Kultur, der Baukunst (Wawel, Collegium Maius) und der Bildung, die den begüterten Adel beeinflussten und sich in seinen Residenzen sichtbar erhalten hat. Römischer Einfluss war in der Verbreitung der lateinischen Sprache und im Staatsdenken präsent, wie Andrzej Frycz Modrzewski (1503–1572) in seinen Schriften eindrucksvoll bewies. Reformatorisches Gedankengut und seine Widerlegung im Geiste der Gegenreformation wurden in Polen gedruckt und in Europa verbreitet (der Erzbischof von Gnesen Jan Łaski für die katholische († 1531), sein gleichnamiger Neffe für die protestantische Seite († 1560), später der Fürstbischof von Ermland, Stanislaus Hosius († 1579), und sein Schüler Martin Kromer († 1589). In der Geschichtsschreibung hatte Jan Długosz (1415–1480) mit seinen »Annalen« Maßstäbe gesetzt, und ihm folgten weitere Chronisten im nächsten Jahrhundert: Marcin Bielski (1495–1575) mit einer Weltchronik und Matys Strykowski (1547–1582) mit einer Chronik Polens, Litauens und »ganz Russlands« in polnischer Sprache. Während die Gelehrtenwelt Latein schrieb und europaweit kommunizierte, wie Nikolaus Kopernikus (1473–1543) mit seinem Werk über die »Umdrehung der Himmelskörper«, entwickelte sich die Volkssprache zu einer angemessenen Literatursprache. Nach Übersetzungen von Fabeln, erbaulicher und unterhaltender Literatur prägte Mikołaj Rej (1505–1569) die eigenständige polnische Dichtung, die mit Jan Kochanowski (1530–1584) ihren ersten Höhepunkt erreichte. Der Glanz der Jagiellonenzeit fand seinen Ausdruck auch in der Kultur Polens.

## Polen als Wahlkönigreich und Adelsrepublik

(1572–1795)

### Epochenüberblick

Das Recht auf die freie Königswahl war für den polnischen Adel die Erfüllung der Vorstellung von der eigenen Würde. Im Prinzip konnte jeder »Piaśt« – so wurde ein einheimischer Kandidat genannt – gewählt werden, in der Realität spielte der dynastische Gedanke dann doch wieder eine große Rolle, sodass einige Wahlen nur formal noch Wahlen waren. In der Erfüllung des alten Anspruchs lag aber bereits der Keim des Untergangs, denn schon die erste freie Wahl war ein Fiasko, und die Berücksichtigung des dynastischen Prinzips bei den folgenden Wahlen sollte Polen in die Katastrophe von dynastisch motivierten Kriegen führen.

Die Wahl eines Königs von Polen wurde zu einem Ereignis des europäischen Hochadels, und sie verlief meist stürmisch und chaotisch. Dabei schwappten die großen europäischen Fehden der Dynastien auch nach Polen, die »Erbfeindschaft« zwischen den Habsburgern und den Bourbonen in Frankreich als direkte Konfrontation der Kandidaten oder als Spiel im Hintergrund. Polen war zeitweise ein Nebenschauplatz dieses Ringens. Außerdem geschah zu dieser Zeit der große Umbruch in Osteuropa, als Moskau nach dem tiefen Fall in der »Zeit der Wirren« (*smuta*) nach dem Tode von Ivan IV. den Nachbarn und Konkurrenten Polen-Litauen allmählich überholte und ihn zum Spielball seiner Politik machte.

Im Innern zeigte sich ein allmähliches Abgleiten aus



übles Regiment geführt, denn im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten hatte er manches erreicht. Das Leben war während seiner Regierungszeit angenehm gewesen, obwohl die vielen Kriege die Steuerlast vermehrt hatten. Türken und Tataren waren für immer aus Polen verdrängt und damit das Land sicher gemacht worden. Steigender Wohlstand und Erholung nach den »Kriegen der Sintflut« und den Bürgerkriegen ließen die Menschen aufatmen. Persönlich hat Jan Sobieski die Literatur gefördert, sei es Wacław Potocki, Wespazjan Kochowski oder Andrzej Morsztyn; er versammelte Historiker an seinen Hof; Maler aus ganz Europa kamen nach Polen. Unter seiner Herrschaft war französischer Einfluss in Polen tief verankert worden. Die Architektur von Wilanów bei Warschau bezeugt seine Tätigkeit, und dort ist er auch am 17. Juni 1696 verstorben. Auf religiösem Gebiet hatte er Toleranz gegenüber Protestanten, Orthodoxen und Juden geübt. Selbst für die Muslime hatte er Verständnis gezeigt, das durch seine Reise nach Istanbul und durch einen Aufenthalt am Hofe des Krimkhans gewachsen war. So wäre er, der die Mentalität seiner Gegner im Südosten so gut kannte wie ihre Sprachen, eigentlich zu einem Ausgleich mit ihnen prädisponiert gewesen. Der innenpolitische Streit hat seinen Nachruhm im Lande verdunkelt, im Ausland jedoch wachsen lassen; in Polen zeugten zahllose Anekdoten von seiner Popularität. Dies mag seinen Grund auch darin haben, dass Polen nach seinem Tode wieder zum Spielball ausländischer Mächte wurde und eine fremde Dynastie die beiden unglücklichen »Piastenkönige« ablöste.

## Die »Sachsenzeit« in Polen (1697–1763)

1697–1706, 1709–1733	August II. »der Starke«
1700–1721	Großer (zweiter) Nordischer Krieg
1701	Friedrich I. König in Preußen
1704–1709, 1733–1736	Stanisław I. Leszczyński
1736–1763	August III.

Die Wahl des neuen Königs war mit zehn Kandidaten und 100 000 Wählern ein großes Spektakel und im Ergebnis für Polen verheerend. Der Spanische Erbfolgekrieg mit der Gegnerschaft zwischen Habsburg und Frankreich überschattete die Wahl, von deren Ausgang sich jede Seite Vorteile erhoffte. Die wenigsten Chancen hatte Jakub Sobieski, dem die Hilfe seiner Mutter im polnischen Adel nur schadete. Mit ungeheuren Bestechungsgeldern versuchten die Gesandten der Kandidaten die Magnaten und die Vertreter der Provinzen zu beeinflussen, wobei die Franzosen unschlagbar waren. So überraschte es zunächst nicht, dass der Prinz François Louis de Conti am 26. Juni 1697 vier Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte; dagegen war es eine Überraschung, dass nur einen Tag später der Kurfürst von Sachsen, der Wettiner Friedrich August, mit neuen Geldmitteln die Stimmung kippen konnte und mit der Hälfte der Stimmen ebenfalls gewählt wurde. Entscheidend für ihn war, dass er, der die protestantischen Reichsstände angeführt hatte, nur drei Wochen zuvor heimlich zum Katholizismus übergetreten war. Auch der Nuntius, der die Konversion bestätigte, und der junge Zar Peter warben für den Wettiner, der sich mit sächsischen Truppen als dem stärksten Argument durchsetzte und am 15. September in Krakau als August II. zum König krönen ließ (1697–1706, 1709–1733). Der französische Kandidat war nur bis Danzig gekommen, wo er wegen der Er-

folglosigkeit seiner Pläne resignierte. Auf einem Reichstag der »Reconciliation« fand man im Frühjahr 1698 einen Ausgleich der Adelsfraktionen. Damit begann in Polen die »Sachsenzeit«, die von der polnischen Historiographie fast durchweg negativ bewertet wird.

Grundsätzlich musste die dynastische Verbindung zwischen dem agrarischen Polen mit seinen zwölf Millionen Einwohnern und dem protestantischen Sachsen mit zwei Millionen Menschen, die in der industriellen Entwicklung weiter waren, nicht schlecht sein. In der Person des Königs lag der Hauptgrund dafür, dass die Regierungszeit der Wettiner als »dunkel« bezeichnet wird: August »der Starke« war ein Athlet, der sich bald mit dem jungen Peter in körperlicher Kraft messen sollte, er war ein »Don Juan« mit einer großen Zahl illegitimer Nachkommen, und er war ein gewaltiger Trinker, der in Peter nur knapp seinen Meister fand; vor allem aber war er ein König, der seinem Reich keinen Geschmack abgewinnen konnte, der die Polen in ihrem Freiheitswillen nie verstand und nie ernst nahm. Er umgab sich mit deutschen Beratern, verstand nichts von dem komplizierten Geflecht der polnischen Innenpolitik und verließ sich in Konfliktsituationen auf seine sächsischen Truppen und auf ausländische Hilfe. Mit seinen Versuchen, den Einfluss der Dynastie zu stärken, hat er den Widerstand des Adels immer wieder herausgefordert und Polen mit außenpolitischen Aktionen am meisten geschadet. Unter seinem Regiment degenerierte die Adelsrepublik zu einer Karikatur, in der die Magnaten und Adelsgruppen das Chaos und die Anarchie zur Durchsetzung privater Interessen nutzten. Nun fand der Satz, dass Polen durch »Unordnung« regiert werde, seine Berechtigung (*Polonia confusione regitur, Polska nierządem stoi*), und die Nachbarn taten alles, dass sich daran nichts ändere, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Obgleich der König durch die *pacta conventa* verpflichtet war, die Rechte der Republik zu bewahren und verlore-

nes Gebiet zurückzugewinnen, bot August im Juni 1698 dem Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg die Stadt Elbing an, die dieser auch besetzte. Erst energischer Einspruch des Senats betonte wieder die polnischen Rechte. Die Schwäche der Republik nutzte der Brandenburger dann aber, indem er sich am 18. Januar 1701 zum König in Preußen krönte, jedoch die Rechte Polens zu wahren versprach. Die unklare Rechtslage führte zu energischen Einsprüchen des Sejm, der die Rangerhöhung ablehnte, obgleich August zugestimmt hatte. Mehr Erfolg hatte August im Südosten, wo ein polnisches Heer zwar militärisch nicht viel erreichte, er aber im Frieden von Karlowitz (1699) die Politik seines Vorgängers mit der Rückgewinnung Podoliens und großer Teile der Ukraine abschließen konnte.

Ein anderes Ziel war die Rückgewinnung Livlands, das August den Schweden abnehmen und zu einem erblichen Herzogtum in seinem Haus umgestalten wollte. In diesen Plänen fand er die Unterstützung des zwei Jahre jüngeren Zaren Peter (\*1672), als beide sich in heftigen Gelagen im Herbst 1698 auf einen Plan geeinigt hatten, dem zufolge beide die schwedischen Besitzungen diesseits der Ostsee erobern und unter sich aufteilen wollten, während Dänemark als Dritter im Bunde Holstein und Gebiete jenseits des Sund erhalten sollte. Die Vertragspartner glaubten, mit dem neuen schwedischen König Karl XII., der 1697 im Alter von fünfzehn Jahren den Thron bestiegen hatte, ein leichtes Spiel zu haben. Vergeblich wiesen polnische Senatoren darauf hin, dass Kiev für Polen wichtiger sei als Riga und Russland derjenige Nachbar sei, dessen Macht der polnischen Republik am meisten schaden könne. So glitt Polen wieder einmal in einen dynastisch begründeten Konflikt, der in den zweiten Nordischen Krieg ausmündete und dem Königreich erneut unermesslichen Schaden zufügte.

Im Jahre 1700 ließ August sächsische Truppen gegen Riga marschieren, denen aber die Eroberung der Stadt

misslang. Während Karl noch mit der Niederwerfung Dänemarks beschäftigt war, das vergebens auf eine Unterstützung durch die Verbündeten gewartet hatte, gelang den Sachsen eine teilweise Eroberung Livlands. Dann aber wandte sich das Blatt, als Karl am anderen Ende der Ostsee erschien und bei Narva die russische Armee bezwang (20. November 1700). Ohne sich weiter um die Russen zu kümmern, wandte sich Karl nun gegen Polen und Sachsen. Im Sommer 1701 wurden deren Truppen an der Düna/Dvina geschlagen und Kurland besetzt. Der König von Schweden erließ dann ein Ultimatum an die Republik Polen, entweder den Friedensbrecher August abzusetzen oder einen Krieg zu riskieren. Ehe der Senat auf diese ungewöhnliche Forderung hatte reagieren können, waren die Städte Wilna und Warschau erobert, August selbst besiegt und sogar Krakau besetzt. Polen schien damit aus dem Krieg ausgeschieden.

Für die Adelsnation war die Forderung der Absetzung des Königs eine unerhörte Zumutung, war er doch als Repräsentant der Adelsnation von dieser selbst gewählt. Die Wahl begründete ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis, man hatte zu ihr der Ehre folgend zu stehen. Und wenn eine Absetzung erwogen wurde, dann musste man bestimmte Verfahren einhalten, die in der Praxis noch nicht erprobt waren. Mochten die Magnaten auch mit ihrem König unzufrieden sein, so schloss doch diese Forderung durch einen Ausländer ihre Reihen und weckte den Nationalstolz. August berief den Senat und eine Konföderation (Sandomierz, August 1702); im folgenden Jahr erlitten die Gegner des Königs, an der Spitze der Primas Kardinal Radziejowski auf dem Sejm in Lublin eine Niederlage, denn der Sejm genehmigte Mittel für eine Truppe von 48000 Mann. Die Nähe der schwedischen Truppen ermutigte die Königsgegner zu einer eigenen Konföderation in Großpolen, in deren Namen der Primas die Absetzung verkündete und zur Wahl eines neuen Königs einlud.

Allerdings hatte August den möglichen Gegenkandidaten, Jakob Sobieski, inzwischen in Gewahrsam nehmen lassen. So schlug der Primas den jungen Wojewoden von Posen, Stanisław Leszczyński, als Kandidaten vor, dessen berühmter Vater Raffael ein erbitterter Feind Russlands war. Angesichts der Schwedenherrschaft im Lande und in der Hoffnung, durch Entgegenkommen einen weiteren Krieg mit seinen Zerstörungen zu vermeiden, wählten am 12. Juli 1704 rund 800 Adelige Stanisław I. zum neuen König (1704–1709, 1733–1736, † 1766).

Polen hatte nun zwei Könige, die jeweils einen Teil des Adels hinter sich hatten und mit fremden Mächten verbündet waren. Gegen die Ausplünderung des Landes durch die Schweden wehrten sich die Anhänger des Königs August in einem Guerillakrieg; mit dem Zaren Peter wurde ein Vertrag geschlossen, der ihm die Manövrierefreiheit in Litauen garantierte, wofür er Geldzahlungen und die Herrschaft in Livland versprach. Karl seinerseits zwang seine Anhänger dazu, den Schweden alle Vorteile auf der Ostsee einzuräumen, und er unterstützte offen die Protestanten. Im Wesentlichen kämpften russische, schwedische und sächsische Truppen im Lande; im Süden fielen die Kosaken unter ihrem Hetman Mazepa ins Land ein. Polen war wieder einmal Kriegsschauplatz und wurde von allen Seiten von Truppen durchzogen und verheert. Nicht eine einzige Stadt blieb von Plünderungen verschont, und diesmal half dem Lande kein Marienwunder. Schließlich konnten schwedische Truppen die Sachsen schlagen und den Frieden von Altranstadt erzwingen (24. September 1706). August musste auf den polnischen Thron verzichten, den König Stanisław anerkennen und sein Bündnis mit Peter lösen.

Stanisław war nun allein König von Polen, aber er war ein König von fremden Gnaden, dem sein Schutzherr Karl keine Möglichkeit ließ, eine eigenständige Politik zu machen. Auf der anderen Seite blieben die Gegner Stanisławs

zusammen und handelten ihrerseits ein Abkommen mit Peter aus, das den Weg zu einer eigenen neuen Königswahl freimachen sollte.

Eine Wende im Krieg und Bürgerkrieg bahnte sich erst an, als sich Karl XII. gegen Russland wandte, um seinen Hauptgegner in diesem nordeuropäischen Konflikt zu treffen. Karl führte im Herbst 1707 eine Offensive gegen Minsk und hoffte im Süden auf die Hilfe Mazepas. Diesmal erwies sich jedoch der Kampf gegen die Russen nicht mehr als so leichtes Spiel wie vor Narva, denn Peter hatte die damaligen Erfahrungen gut genutzt und ein wohlgerüstetes und diszipliniertes Heer zur Verfügung. Die Schweden folgten ihm nach Süden in die Ukraine, wo sie bald Probleme mit dem Nachschub aus Schweden und Polen bekamen. Der extrem kalte Winter schwächte die Schweden weiter, bis sie im Sommer 1709 bei Poltava auf Peters Haupttheer stießen und eine vernichtende Niederlage erlitten. Karl wurde verwundet und floh zu den Türken; sein Traum einer schwedischen Großmacht beiderseits der Ostsee war beendet, Stanisławs Chancen als König begraben und die Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland besiegelt.

Nun war das Feld wieder frei für August den Starken, der mit sächsischen Truppen im Lande erschien und seinen Thronverzicht widerrief. Die schwedischen Truppen verschwanden aus Polen, und Stanisław ging mit seinen Anhängern ins Exil. In Thorn trafen August und Peter zusammen, nun aber mit veränderten Rollen. Am 20. Oktober 1709 erneuerten sie ihre Allianz, August musste jedoch sein Königreich gewissermaßen aus den Händen Peters entgegennehmen, der sich zum Beschützer der polnischen Freiheiten aufgeschwungen hatte. August musste auf alle Pläne verzichten, in Polen ein absolutistisches Regime einzurichten, eventuell Teile abzutreten oder die Freiheiten des Adels einzuschränken. Peter wollte ein schwaches Polen als Nachbarn, das in steter Abhängigkeit

und offen für seine Truppen bleiben sollte. Im Vergleich zum Jahre 1610, als polnische Truppen die politischen Bedingungen in Moskau gestellt hatten, waren die Verhältnisse ins Gegenteil verkehrt. Polen war infolge seiner inneren Schwäche und der dynastischen Pläne seiner Könige nur noch ein Schatten seiner selbst und ein Objekt auswärtiger Machtpolitik. Die Bewahrung der Freiheiten des Adels wurde zum Schlagwort für innenpolitische Immobilität, um die Einflussmöglichkeiten von außen zu sichern. Solange nur der Nachbar Russland eine solche Macht ausübte, war Polen dessen Satellit; als dann im Westen in Preußen ein zweiter mächtiger Nachbar heranwuchs, drohte Polen von beiden zerrieben und geteilt zu werden.

Während im Westen, Norden und Osten Polens nun Ruhe herrschte, ging der Krieg im Südosten weiter, wo Karl XII. mit seinen Anhängern die Türken zu einem Angriff auf Peter drängte. Dieser konnte am 23. Juli 1711 am Prut mit Mühe eine Niederlage vermeiden, indem er mit den Türken einen für ihn vorteilhaften Frieden schloss. Gegen die Rückgabe der Festung Azov, die Peter 1696 erobert hatte, konnte er seine Eroberungen – und die neue Stadt St. Petersburg – im Wesentlichen behalten und musste nur versprechen, sich nicht mehr in die Angelegenheiten Polens und der Ukraine einzumischen, Versprechungen, die er bald wieder vergaß. Polen profitierte in den folgenden Jahren von der Schwäche seiner Nachbarn, und wie immer in solchen außenpolitisch ruhigen Zeiten konnte sich der Adel ungestört den inneren Streitigkeiten zuwenden, die wie immer nach außenpolitischen Stürmen besonders heftig waren.

Die polnischen Magnaten lehnten sich gegen die Anwesenheit sächsischer Truppen im Lande auf, die dem König ein unkontrollierbares Machtinstrument in die Hand gaben. Als Pläne des Königs ruchbar wurden, gegen die Abtretung des königlichen Preußen und Kurlands an den

Brandenburger auch preußische Truppen zu erhalten, entstand in Tarnogród eine Konföderation, die bald 50 000 Mann organisierte. Zar Peter, der im Frühjahr 1716 in Danzig weilte, wurde um Vermittlung gebeten und diktierte die Bedingungen für einen Ausgleich, die am 1. Februar 1717 auf dem »stummen Reichstag« von Grodno, d. h. ohne Diskussion, angenommen werden mussten. Angesichts der verheerenden Kriege seit 1648 wurde damit das alte politische System Polens wiederhergestellt, das einmal auf dem ausbalancierten Machtverhältnis zwischen König, Senat und Szlachta beruht hatte. Nur einige kluge Köpfe, wie Stanisław Karwicki in seiner Schrift *De ordinanda republica*, bemerkten, dass eine reine Rekonstruktion der Verfassung unter veränderten Bedingungen eine unsichere Sache wäre. Er schlug demgegenüber die Institution eines permanent tagenden Sejm vor, der die Gesetzgebung vornehmen, die Regierung kontrollieren und den König vor allzu ungehemmter Korruption bewahren sollte. Stattdessen blieb alles mehr oder weniger beim Alten, denn der König konnte weiterhin Männer seiner Wahl mit Ämtern betrauen, was der Korruption weiter die Tore offen hielt. In Zukunft sollten aber Konföderationen verboten sein, und den Sejmiki wurde das Recht der Steuerfestsetzung – mit Ausnahme der Schanksteuer – genommen. Das *liberum veto* blieb in Geltung, und die Armee wurde auf 16 000 Mann in Polen und 8000 Mann in Litauen beschränkt, aber diese Zahlen wurden bei der Finanznot des Staates kaum erreicht.

Peter ließ sich die Vermittlung bezahlen, indem er Livland für sich behielt und Kurland, dessen Herzog Friedrich Wilhelm Kettler mit seiner Kusine Anna verheiratet war, nach dessen Tod (1710) als deren Wittum beanspruchte und durch russische Berater regieren ließ. Zar Peter, dessen Truppen nun fast ständig im Lande blieben, schloss im Februar 1720 mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm einen Vertrag zur Wahrung der Verfas-

sung der Adelsrepublik, mit der Reformen verhindert werden sollten. Russland konnte hinfort der Republik seinen Willen aufzwingen, hielt es gewissermaßen als sein Protektorat, auch wenn dieser Begriff damals noch unbekannt war. Im Frieden von Nystad (10./11. November 1721), mit dem der Nordische Krieg beendet und die Großmachtstellung Russlands besiegelt wurde, fand Polen gar keine Erwähnung.

Aus dynastischen Interessen der Könige, denen allein in der Außenpolitik ein gewisser Spielraum für ihren Ehrgeiz von der Verfassung eingeräumt worden war, hatte Polen seit 1648 seine Freiheit und seine Stellung in Europa verloren. Kriegszüge und Verwüstungen hatten die Wirtschaft ruiniert, das Handwerk ausgelöscht und die Städte zerstört. Nicht nur schwedischer Terror, russischer Verrat, sächsische oder französische Intrigen, sondern auch Eigensucht der Magnaten und der Könige, mangelnde Einsicht der Szlachta in politische Zusammenhänge und ausländische Interventionen gemeinsam hatten die Moral der Staatsbürger gebrochen. Die hehren Ziele der Verfassung waren zur Farce geworden, zum ideologischen Rauchvorhang, hinter dem sich schrankenloser Eigennutz austobte. Im politischen Leben herrschten Skeptizismus, Apathie und Quietismus; vergessen war der nationale Auftrag, gemeinsam für die Republik einzustehen. Auf den Reichstagen wurde von den »goldenen Freiheiten« geredet, aber die konkrete Umsetzung in Politik, das persönliche Opfer zugunsten des Gemeinwesens waren verloren gegangen und wurden, wenn sie sich zaghaft regten, verlacht.

Dies ging mit einem allgemeinen Verfall des kulturellen Lebens in Polen einher. August hatte in den *pacta conventa* die Gründung von Akademien versprochen, aber keine kam zustande. Die Jesuitenschulen, einstmals ein Fortschritt und zugleich ein Werkzeug der Rekatholisierung, boten ein trostloses Bild des Formalismus und der Stagnation. Die Literatur entartete zur bombastischen Panegy-

rik, die politischen Denkschriften zu phrasenreicher Propaganda. Die Pfarrschulen sanken unter das Niveau, das sie im Mittelalter besessen hatten. Im privaten Leben waren Moral und soziales Verhalten untergegangen, wobei der König selbst ein schlechtes Vorbild war. Gewiss gab es auch in anderen Staaten Bestechung, Korruption, ausländische Geldzuwendungen für hohe Würdenträger, zahllose Mätressen und faule Könige, aber in Polen kontrastierte dies besonders deutlich mit dem Staatsideal, dem der König August so gar nicht entsprach, und es verband sich mit der politischen Ausweglosigkeit angesichts ausländischer Einmischungen. All dies bewirkte, dass die Periode von 1717 bis 1733, die zweite Phase der Regierungstätigkeit des Königs August II., als dunkle Zeit in die polnischen Annalen eingegangen ist.

In dieser Zeit ging auch die religiöse Toleranz zu Grunde. Die schwedische Herrschaft hatte die Abneigung gegen die Protestanten verstärkt, während die Vertreibung der Hugenotten aus Frankreich deren Hass gegen die Katholiken geschürt hatte. In Polen führte dies zu neuen Konflikten, denn die Katholiken suchten die Rechte der Dissidenten (Nicht-Katholiken) zu mindern, entfernten mit Gewalt Protestanten aus dem Sejm, dem Senat und aus öffentlichen Ämtern. Umgekehrt setzten sich Preußen und Russland für die jeweiligen Glaubensgenossen ein und warteten nur auf die Gelegenheit zum Eingreifen in die inneren Verhältnisse Polens. Wie sehr sich religiöser Fanatismus mit politischer Propaganda verband, zeigte sich 1724 am Beispiel der Thorner Ereignisse. In der überwiegend deutschen und protestantischen Stadt war es zu einem Streit unter Schülern gekommen, der zu einer Störung einer Prozession und einem Sturm auf die Jesuitenschule eskaliert war. Nach heftigen Debatten im Senat war eine Kommission eingesetzt worden, die den Vorfall untersuchte und gegen den Bürgermeister und mutmaßliche neun Rädelsführer die Todesstrafe verhängte. Deren Aus-

führung erregte als »Thorner Blutgericht« europaweites Aufsehen und trug durch eine reiche Propagandaliteratur weiter zur Minderung des Ansehens der Republik bei.

Auch August II. suchte die Krone Polens seinem Sohn Friedrich August, der 1696 geboren war, weiterzugeben. Zu diesem Zweck brauchte er die Unterstützung der polnischen Magnaten und der ausländischen Mächte. Der junge Prinz war zunächst ein frommer Lutheraner gewesen und dann zwangsweise katholisch getauft worden. Irgendwie hatte er diesen Bruch innerlich nie verkraftet; bei aller äußerlichen Liebenswürdigkeit war er apathisch, uninteressiert an politischen Dingen und in seiner Persönlichkeit unterentwickelt. Trotz aller Ermahnungen zeigte er weder für Polen noch für die polnische Sprache das geringste Interesse. 1725 zeichnete sich eine mögliche Komplikation für seine Kandidatur ab, als der französische König Ludwig XV. die Tochter des exilierten Stanisław Leszczyński heiratete und so für seinen Schwiegervater oder für sich selbst Ansprüche anmelden konnte. Auch international fand August für seine Bestrebungen wenig Unterstützung, am ehesten noch in Berlin, wo er Anschluss an den Kreis um König Friedrich Wilhelm gefunden hatte.

Am wichtigsten war jedoch die Gewinnung der Magnaten, die in zwei große Parteien gespalten waren. Der größte Teil der Magnaten zählte zum Anhang der Familie Potocki, die mit dem Primas und Erzbischof von Gnesen Theodor Potocki an der Spitze großen Reichtum angehäuft hatte und aus den Gütern doppelt so viele Einkünfte zogen, wie die Armee zur Verfügung hatte. Diese Richtung der »Patrioten« lehnte die Wettiner und den deutschen Einfluss entschieden ab und verteidigte die alten Privilegien. Auf der anderen Seite stand der Clan der Czartoryski, kurz »die Familie« genannt, die in den letzten zehn Jahren bei Hofe durch Ämterhäufung an Einfluss gewonnen hatte und ebenfalls durch Heirat und Erb-



schaft zu ungeheurem Reichtum gekommen war. Die »Familie« hielt zusammen und bildete eine disziplinierte und zielbewusste kleine Republik im Gesamtstaat, die eine Erneuerung und Reformierung des politischen Systems im Sinne des angelsächsischen Parlamentarismus anstrebte. In mehreren Sejmsitzungen hatten sich die Traditionalisten und Reformer gegenseitig blockiert, ehe sich das Pendel im Adel langsam den Reformern zuneigte. Unter dem Einfluss einer Streitschrift von Stanisław Konarski gegen das *liberum veto* und den russischen Einfluss schien Anfang 1733 die Mehrheit der Landboten für Reformen gewonnen, als der König am 1. Februar in Dresden an den Folgen exzessiven Alkoholgenusses unerwartet verstarb. August II. hatte seine Begabung den Privatinteressen geopfert, die auch für den Adel während seiner Regentschaft das vorrangige Lebensziel geworden waren. Nicht dieser Sittenverfall allein war das unglückselige Erbe, das er seinen Nachfolgern hinterließ, sondern die Einladung ausländischer Mächte, in der polnischen Innenpolitik mitzumischen und als ungerufene Garanten der »goldenen Freiheit« aufzutreten.

Das beste Beispiel dafür war wieder die Wahl des neuen Königs. Schon im Jahr zuvor hatten Österreich, Russland und Preußen im »Traktat der drei schwarzen Adler« einen portugiesischen Prinzen als Kandidaten vorgesehen; dieser Plan scheiterte, denn Ludwig XV. setzte die Wahl seines Schwiegervaters Stanisław durch, der am 12. September 1733 einstimmig gewählt wurde. Einen knappen Monat später stimmten indessen tausend meist litauische Adelige unter russischem Druck für den Kurfürsten Friedrich August von Sachsen, der sich im Januar in Krakau krönen lassen konnte. Stanisław kam nach Danzig, wo ihn seine Anhänger zwar mit einer Konföderation erwarteten, aber einer russisch-sächsisch-polnischen Übermacht weichen mussten. Stanisław floh nach Königsberg, gab dann auf

(1736) und wurde mit dem Herzogtum Lothringen abgefunden. Ein Präliminarfrieden in Wien sollte die verfeindeten Adelslager versöhnen, aber der »Pazifikationsreichtag« im November 1735 wurde von den Anhängern Stanisławs »zerrissen«, August III. (1736–1763) jedoch als König anerkannt. Bis zu seinem Tode sollte nun jeder Sejm gesprengt werden.

Für Polen begann eine Periode der inneren Ruhe und der Stagnation, die durch die Untätigkeit des Königs geprägt war. Er war am Regieren nicht interessiert und überließ dies seinen Ministern, zunächst dem Fürsten Aleksander Sułkowski, dann dem Grafen Heinrich Brühl. Politik bedeutete nun in Polen Günstlingswirtschaft und fast unbeschränkte Herrschaft der Magnaten. August ließ die Residenz Warschau ausbauen (Königsschloss) und wurde damit Vorbild für die Magnaten, die auf ihren Besitzungen wie »Kleinkönige« (*królewietą*) Hof hielten. Im Lande war bald ein Aufschwung der Wirtschaft spürbar, allerdings ging er auf Kosten der Bauern in Abhängigkeit vom Adel und der Städte, denen es nicht gelang, ein Gegengewicht gegen die Adels Herrschaft zu bilden. Die Unzufriedenheit mit dem System war der Anlass zu einer reichen politischen Literatur, in der das Hauptübel, das *liberum veto*, angeprangert wurde. Aber wie sollte man Reformen einführen, ohne dass der Adel selbst seine Privilegien abzuschaffen bereit war? Es blieb dabei, dass Polen durch »Unordnung« regiert, besser gesagt, nicht regiert wurde. Ohne ordentliche Sejmsitzungen gab es keine Gesetzgebung und keine Rechenschaftslegung der Kronbeamten. Polen war ein nach innen gerichteter Staat, dessen politische Energien die Adelscliquen im Streit vergeudeteten.

Umso größer waren die Möglichkeiten auswärtiger Mächte, ihre eigenen Interessen in Polen zu verfolgen, d. h. Reformen zu verhindern. Während Preußen als Militärmacht eine gezielte Wirtschaftsförderung betrieb und Friedrich II. durch den Überfall auf Schlesien (1740) sein

Gebiet beträchtlich erweiterte, wuchs im Osten Russland unter der Zarin Elisabeth zu einem mächtigen Nachbarn heran, der Polen als Einflussgebiet kontrollierte. Der aufgeklärt absolutistische preußische und der autokratisch regierte russische Staat wurden zu Gegenbildern der polnischen Adelsanarchie; gezielter staatlicher Politik unter dem Stichwort der »Staatsraison« dort entsprach in Polen die Phrase von der »goldenen Freiheit«, die nur Hilflosigkeit und Ineffektivität überdeckte. Die Neutralität des Staates schützte nicht davor, dennoch in alle Konflikte verwickelt zu werden, da fremde Truppen Polen als Aufmarschgebiet behandelten. Die Schlesischen Kriege (bis zum Frieden von Dresden 1745), dann der Siebenjährige Krieg (1756–1763) betrafen stets auch Polen. Gerade Friedrich II., den die Polen nicht »den Großen« nennen, benutzte die Ressourcen Polens zur Finanzierung seiner Truppen. Der Weichselhandel wurde durch Zölle belastet, die guten polnischen Münzen durch minderwertige Nachprägungen (»Ephraimiten«) ersetzt. Als der Tod der Zarin Elisabeth die Wende einleitete und Preußen rettete, wurde auch Polen im Frieden von Hubertusburg (15. Februar 1763) von einer Last befreit; dasselbe konnte man sagen, als am 5. Oktober der König August III. starb.

### Der letzte König und das Ende des Staates (1764–1795)

1764–1795	Stanisław II. August Poniatowski
1772	Erste Teilung Polens
1791	3. Mai: Erste schriftliche Verfassung in Europa
1793	Zweite Teilung Polens
1795	Dritte Teilung Polens

Die letzte Königswahl erfüllte formal die bisherigen Bedingungen, denn Stanisław II. August Poniatowski wurde am 7. September 1764 gewählt und am 25. November in Warschau gekrönt (1795 abgedankt; † 1798 in St. Petersburg). Der ungewöhnliche Krönungsort war aber nicht die einzige Abweichung von der Regel. Den Kandidaten, der mit der »Familie« der Czartoryski verwandt war, hatten Preußen und Russland ausgesucht, und es war kein Geheimnis, dass Stanisław als Gesandter in Petersburg auch der Geliebte der jungen Zarin Katharina gewesen war. Russische Truppen sicherten die Wahl, und russische Bestechungsgelder halfen im Hintergrund. Der König war ein begabter und gebildeter Mann, der sich auf den großen Anhang der »Familie« stützen konnte und glaubte, der Zustimmung der Zarin für die Einführung von Reformen sicher zu sein. Die ersten Schritte waren auch erfolgreich: Eine Kommission des Sejm sollte die Finanzen des Staates regeln, eine andere das Heerwesen reformieren; schließlich erklärte sich der Reichstag zu einer permanenten Generalkonföderation, in der das *liberum veto* hinfort nicht mehr angewendet wurde.

Dies war aber bereits mehr an Reformeifer, als Katharina zu gestatten bereit war. Sie benutzte die Frage der religiösen Dissidenten, um Widerstand gegen den König zu schüren, der sich in der Konföderation von Radom organisierte (1767). Kritiker, darunter auch der Bischof von Krakau, wurden vom russischen Botschafter Fürst Repnin in Warschau gefangen gesetzt und nach Russland verschleppt. Eine Kommission arbeitete nun die Grundlagen für einen polnisch-russischen Vertrag aus, der in einer »stummen Sitzung« (ohne Diskussion) am 5. März 1768 angenommen werden musste; die »Kardinalrechte« des polnischen Adels, darunter das *liberum veto* und das Recht der freien Königswahl, wurden darin festgeschrieben und die Tolerierung der Dissidenten zugesichert. Dafür garantierte die Zarin den Bestand des Staates und die



Verfassung. Die Machtlosigkeit Polens geht schon aus der Tatsache hervor, das ein »Toleranztraktat« von Russland und Preußen, aber auch von England, Dänemark und Schweden garantiert wurde.

Angesichts des brutalen Vorgehens der russischen Schutzmacht formierte sich adeliger Widerstand in der Konföderation von Bar, deren Truppen rasch Podolien und Teile Wolhyniens besetzten und Unterstützung durch die Türken erhielt. Zugleich brach im Südosten ein Aufstand der orthodoxen Bauern gegen die polnischen Grundherren und deren jüdische Helfer (als Gutsverwalter oder Schankwirte) aus (»Hajdamaken-Aufstand«), dem in wenigen Wochen etwa 100 000 Menschen zum Opfer fielen. Auf russische Gegenmaßnahmen folgte eine Kriegserklärung des Osmanischen Reiches gegen Russland. Wieder einmal herrschte in Polen ein Bürgerkrieg, in den auch französische und österreichische Truppen eingriffen, bis – nach Erfolgen über die Türken – der junge russische General Suworow im Sommer 1772 die Konföderierten endlich besiegen konnte.

Inzwischen hatte die Politik der Nachbarn Polens eine neue Wendung genommen. Schon früher hatte es verschiedene Beratungen über eine mögliche Aufteilung des Landes gegeben, aber nun wurden sie konkret. Den Anfang machte Österreich, das im Dezember 1770 die 1412 verpfändete Zips annektierte. Der preußische König Friedrich II. hatte das größte Interesse daran, eine Landbrücke von Brandenburg nach Preußen und den Unterlauf der Weichsel zu erhalten. Sein Bruder Heinrich konnte im Oktober 1770 die Zarin zu einer »Pazifikation« Polens und zu einer Annexion von Gebieten überreden, obgleich die russischen Interessen bisher in ganz Polen durchgesetzt worden waren. Dem russisch-preußischen Teilungsvertrag vom 17. Februar 1771 folgte am 5. August 1772 der Vertrag zwischen Russland und Österreich, nachdem bereits Truppen der Vertragspartner die von ihnen bean-

spruchten Gebiete besetzt hatten. In dieser ersten Teilung Polens annektierte Russland den polnischen Teil Livlands und die östlichen Gebiete mit 84 000 km<sup>2</sup> und 1,25 Millionen Bewohnern; Österreich verleihte sich unter dem angeblich historischen Titel eines »Königreiches Galizien und Lodomerien« Kleinpolen südlich der Weichsel (ohne Krakau) und die Südostgebiete (Wolhynien, Podolien, Rotrussland) mit um 84 000 km<sup>2</sup> und 2,67 Millionen Menschen ein; Preußen nahm sich das »königliche Preußen« (ohne Danzig und Thorn), das Ermland und das nördliche Großpolen mit nur knapp 35 000 km<sup>2</sup> und etwa 356 000 Einwohnern und hatte damit den zwar kleinsten, strategisch für das Land aber wichtigsten Anteil errungen. Unter dem Druck der Teilungsmächte musste ein »stummer Reichstag« die Ergebnisse anerkennen (30. September 1773), und das bedeutete auch, dass in einem separaten preußisch-polnischen Vertrag nunmehr alle polnischen Rechte am früher »herzoglichen Preußen« aufgehoben wurden (18. November 1773). Vom Standpunkt des Völkerrechtes erhielt erst damit Preußen seine volle Souveränität – ein Beweis dafür, dass das Recht der Wirklichkeit nachhinkte – und Friedrich ließ sich nun »König von Preußen« nennen.

Der Schock in Polen, das mit 527 000 km<sup>2</sup> noch immer so groß war wie Frankreich und mit etwa sieben Millionen so viele Einwohner besaß wie England, ging tief und weckte ungeahnte Reformkräfte und endlich eine neue Solidarität im Adel. Das Verbot des Jesuitenordens durch den Papst (21. Juli 1773) stellte die ungeheueren Mittel des Ordens bereit, um das Erziehungswesen in Polen zu reformieren; Polen erhielt in der »Kommission für das nationale Edukationswesen« das erste moderne weltliche Erziehungsministerium Europas, das Lehrpläne und Schulbücher im Geiste der Aufklärung einführte. Im April 1775 wurde ein »ständiger Rat« als Regierungskollegium eingerichtet; fünf Departements (Ministerien) wurden geschaf-

fen, das Steuerwesen reformiert, eine Stadtverfassung zum Schutz vor adeliger Willkür erlassen, die Lage der Bauern verbessert. Als Russland neuerlich in einem Krieg mit dem Osmanischen Reich beschäftigt war, wurde im Oktober 1788 der »große« oder »vierjährige Reichstag« einberufen, der – sich der preußischen Unterstützung sicher wühend – eine neue Verfassung erarbeitete, die am 3. Mai 1791 vom König verkündet wurde.

In dieser ersten geschriebenen Verfassung des modernen Europas – die französische Verfassung folgte erst vier Monate später – flossen die Ideen der französischen Aufklärung und die innerpolnischen Diskussionen zusammen. Von Rousseau übernahm man die Idee der Volkssouveränität, die in der Landbotenkammer verkörpert war (mit adeligen und erstmals begüterten bürgerlichen Abgeordneten), von Montesquieu stammte die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative. Aus der Erfahrung der Königswahlen zog man den Schluss, durch Einführung der Erbfolge im Hause der Wettiner die gefährlichen Interregna zu beseitigen; im Reichstag sollte per Mehrheit entschieden und das *liberum veto* auf wenige Fälle beschränkt werden. Die Bauern erhielten erstmals Rechtsschutz vor ihren Herren. Polen hatte damit den Beweis erbracht, dass aus dem Ständestaat spätmittelalterlicher Prägung ein Übergang in den modernen parlamentarischen Verfassungsstaat möglich war, wie sich dies auch am Beispiel Englands gezeigt hat. Nur war Polen keine Insel und sollte bald die Macht der Nachbarn zu spüren bekommen.

Katharina verstand die Reformen als »französische Pest an der Weichsel« und hetzte Magnaten und Reformgegner auf, sich in der Konföderation von Targowica zusammenzuschließen. Eine russische Armee von 100 000 Mann erschien in Polen und erstickte den Widerstand. Der König selbst musste der Konföderation beitreten und bald alle Hoffnungen begraben, wesentliche Teile der Reformen retten zu können. Die Nachbarn einigten sich unterdessen

auf eine neuerliche Teilung des Landes (23. Januar 1793), indem an Russland alle weißrussischen und ukrainischen Gebiete sowie der größte Teil Litauens und Kurland fielen (228 000 km<sup>2</sup> und 3,06 Millionen Einwohner), an Preußen die Städte Danzig und Thorn sowie große Teile Großpolens und Masowiens (58 400 km<sup>2</sup> mit 1,14 Millionen Bewohnern) übergehen sollten.

Ein letztes Mal flammte im März 1794 der Widerstand der Polen auf, die in Tadeusz Kościuszko einen fähigen General mit Erfahrungen aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gefunden hatten. Neu war, dass sich nun auch die Bauern an dem Krieg beteiligten. Im Oktober mussten sich die Polen dennoch geschlagen geben; Kościuszko geriet in Gefangenschaft. Russland und Österreich handelten einen dritten Teilungsvertrag aus (3. Januar 1795), dem Preußen im Oktober beitrug. Russland annektierte alle weißrussischen und litauischen Gebiete östlich von Njemen und Bug mit 146 000 km<sup>2</sup> und 1,34 Millionen Einwohnern, Österreich das Gebiet um Krakau und das restliche Kleinpolen mit 51 000 km<sup>2</sup> und 1,1 Millionen Menschen, an Preußen fielen die restlichen Teile Masowiens und alles Gebiet westlich von Bug und Memel mit 43 000 km<sup>2</sup> und 1,04 Millionen Bewohnern. Der König Stanisław II. August hatte sein Königreich verloren und dankte am 25. November ab; der einst mächtige Doppelstaat Polen-Litauen war von der Landkarte Europas verschwunden und hatte der »polnischen Frage« Platz gemacht.

Nirgendwo ist der Verfall der Republik und ihrer Institutionen so schonungslos analysiert worden wie in Polen selbst in den letzten Jahrzehnten seiner staatlichen Existenz. Die theoretische Diskussion war auf der Höhe der Zeit, wie sie sich in der Verfassung niedergeschlagen hat, und das Idealbild der Republik fand auch außerhalb Bewunderung (J.-J. Rousseau, *Considérations sur le gouver-*

nement de Pologne et sur sa réformation projetée, 1771, veröffentlicht 1782). Der exilierte König Stanisław Leszczyński und der Piarist Stanisław Konarski haben mit ihren Schriften die Diskussion über die Verfallserscheinungen gefördert und das schlimme Erbe des *liberum veto* kritisiert. Letzterer hat mit einer Sammlung der Reichstagsbeschlüsse den Zeitgenossen und den Historikern zugearbeitet (*Volumina legum*, 1732–36) und mit einem vierbändigen Werk »von wirksamer Art der Beratungen« (*O skutecznym rad sposobie*, 1760–63) die Reformen nachhaltig beeinflusst. Zu nennen sind hier auch die Priester Hugo Kołłątaj und Stanisław Staszic, die an der Verfassungsdiskussion beteiligt waren. Die Adelskultur hatte nach dem Abgleiten in die selbstgewählte Isolation des »Sarmatismus« in den letzten Jahrzehnten vor den Teilungen nach Europa zurückgefunden. In den Residenzen der Magnaten waren Schaustücke europäischer Architektur entstanden, und auf den Höfen fanden Theater und die Oper Aufnahme. Umfangreiche Bibliotheken zeugten von der Bildung des Adels, und ihr Verschwinden nach Schweden und Russland von ihrem Wert und der Gier der Nachbarn. Die Arbeit der Erziehungskommission hatte einen »geistigen Umbruch« zur Folge, der sich in der Reform der Hochschulen und Gymnasien niederschlug und das Bildungsniveau im Adel und Bürgertum nachhaltig förderte. Die Literatur war auf der Höhe der Zeit, und die Zeitschriften schufen eine neue Öffentlichkeit.

Auch im Judentum, das an Zahl wieder angestiegen war, hatten sich Veränderungen vollzogen. Dem starren Formalismus und Rigorismus der traditionellen rabbinischen Lehre hatte Israel ben Elieser (um 1700–1760, *Bešt*) eine mystische, nach innen gewandte Frömmigkeit entgegengestellt, die besonders im Süden eine große Zahl von Anhängern gewann (*Chassidim*). Von Berlin aus drangen die Gedanken der Aufklärung zu den Juden (*Haskala*) und öffneten (neben der traditionellen Bildung in hebräischer

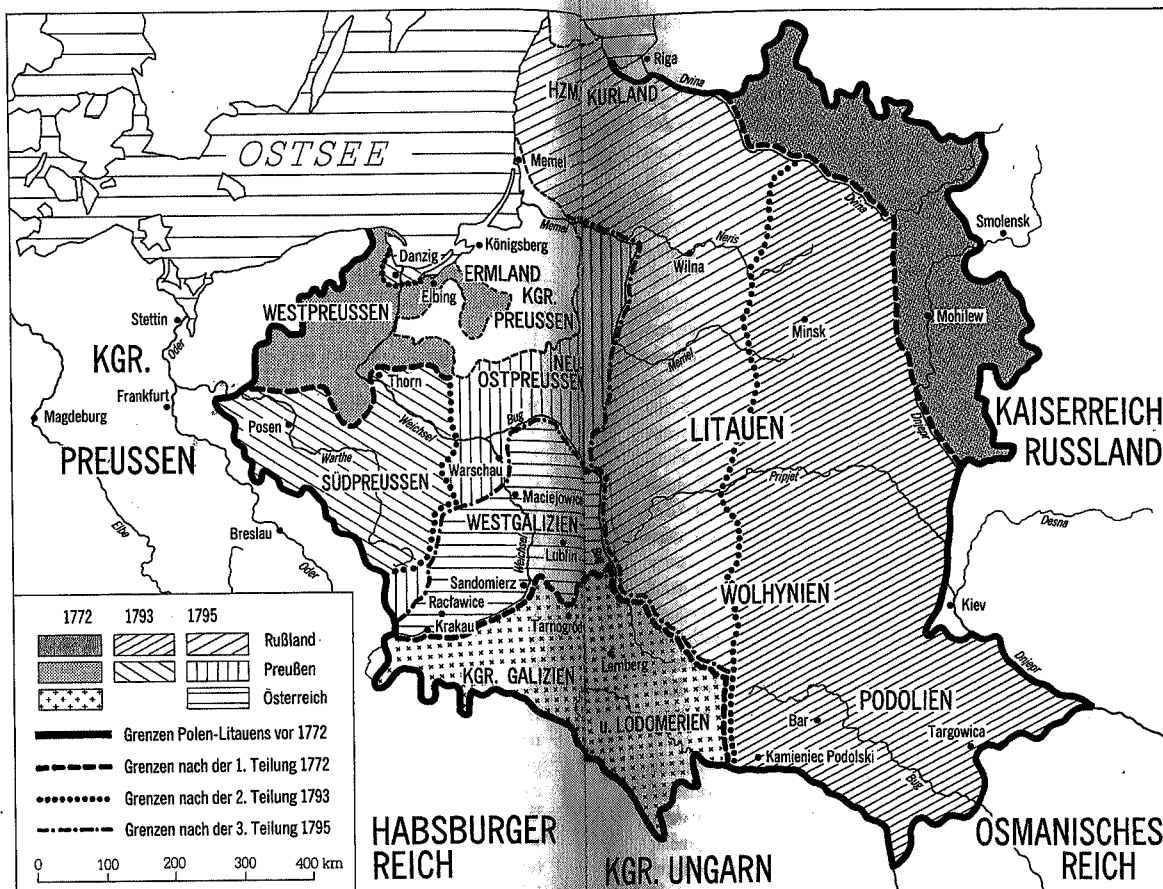
Sprache) den Zugang zu weltlicher Bildung in den Landessprachen, zu Ideen des Naturrechts und der bürgerlichen Emanzipation. Die bis dahin geschlossene jüdische Kultur löste sich dadurch allmählich in konkurrierende Strömungen auf, was den Prozess der Assimilation an die jeweilige Mehrheitsbevölkerung einleitete.

## Die Polen in der Zeit der Teilung des Staates (1795–1918)

### Epochenüberblick

Die Teilung Polens dauerte 123 Jahre; in dieser Zeit war die Geschichte Polens eine Geschichte der Polen in Europa, die auf mehreren Ebenen betrachtet werden muss. Vordergründig waren die Polen Bewohner der Teilungsstaaten und gehören zu deren innerer Geschichte, wobei in den Teilungsgebieten jeweils unterschiedliche Zäsuren zu beachten sind. Wie bei keiner anderen europäischen Gesellschaft gehört aber die Emigration zur Geschichte der Polen, die *Polonia*; dabei reicht die Tradition von den Legionen in der französischen Revolution und den Kriegen Napoleons über die »Sturmavogel« der Revolutionen während des ganzen 19. Jahrhunderts bis hin zu den Legionären des Ersten Weltkrieges. Dieser Bestandteil der Geschichte Polens ist in der Nationalhymne verkörpert, deren Kernsatz »Noch ist Polen nicht verloren« meist um den zweiten Satzteil verkürzt wird: »solange wir leben«, wobei das »Wir« die Polen in Italien meint, denn der Refrain verdeutlicht den Auftrag der Emigration: »Marsch, marsch Dąbrowski, aus Italien nach Polen«. Mit der Emigration zieht sich die »polnische Frage« wie ein roter Faden durch die europäische Politik, ob sie – wie auf dem Wiener Kongress 1815 – direkt oder indirekt behandelt wurde, bis in die Formulierung der Kriegsziele der Alliierten, die Woodrow Wilson in den 14 Punkten im Januar 1918 verkündet hat.

Weniger beachtet wird meist die Auswirkung der »pol-



Die Teilungen Polens

nischen Frage« auf die Entwicklung in den Teilungsmächten. Russland, das mit »Kongresspolen« 82% der polnischen Beute vereinnahmt hatte, erwarb damit einen unverdaulichen Komplex einer selbstbewussten Adelsgesellschaft, die mit ihrer Rechtstradition eine Herausforderung für die russische Intelligenz darstellte und eher zu einer Vertiefung des Gegensatzes zwischen Russland und Europa denn zu deren Überbrückung beigetragen hat (Danilevskij, Dostoevskij). Dazu tritt das Problem der jüdischen Bevölkerung, die durch die erste Teilung in das Zarenreich gekommen war und nach unterschiedlicher Entwicklung am Ende des Jahrhunderts eine neue Verfolgung erlebte, die das russische Wort *pogrom* in die europäischen Sprachen brachte. Preußen war nach 1795 für einige Jahre ein Staat mit um 40% polnischer Bevölkerung, nach 1815 noch mit etwa einem Drittel. Polen stand um 1830 geradezu als Synonym für die Emanzipationsbestrebung des deutschen Bürgertums, wie dies sich in der Formel »Für unsere und euer Freiheit« und in den Polenliedern niedergeschlagen hat. Ein deutsch-polnischer Gegensatz entstand erst als Ergebnis eines ethnischen und konfessionellen Streites in Preußen. Er beeinflusste massiv die Herausbildung eines deutschen Nationalismus und Chauvinismus und trug letztlich den Keim des Unterganges Preußens in sich. Demgegenüber hat Österreich die »polnische Beute« am besten assimiliert, aber um den Preis der Verarmung der Provinz Galizien und der Zuspitzung der nationalen und religiösen Gegensätze zwischen Polen und Ukrainern.

Zu beachten bleibt auch die Entwicklung der polnischen Gesellschaft insgesamt, also über die trennenden Staatsgrenzen hinweg. Hier fand allmählich eine innere Nationwerdung statt, die die Bauern in die Adelsgesellschaft aufnahm: Als 1848 die Oper *Halka* von Stanisław Moniuszko in Wilna uraufgeführt wurde, war die Darstellung der Liebe zwischen einem jungen Adligen und ei-

nem Bauernmädchen noch ein Skandal; nach der Aufführung 1858 in Warschau wurde die Oper überschwänglich gefeiert. Andererseits hat die polnische Gesellschaft eine »Veradelung« erfahren, die bis heute im Handkuss und der Anrede *pan* und *pani* lebendig geblieben ist.

Die Teilungszeit hatte auch tiefe Auswirkungen auf das Verhältnis der Polen zu ihren östlichen Nachbarn. Seit der Jagiellonenzeit hatte sich der Adel der Nachbarn assimiliert und der polnischen Kultur den Weg nach Osten geöffnet; der Ausspruch des großen polnischen Dichters Adam Mickiewicz in seinem Epos *Pan Tadeusz*: »*natione polonus, gente lithuanus*« bringt die große Kulturleistung auf die knappste Formel. In der Teilungszeit fand zunächst eine Entfremdung zwischen Polen und Ukrainern statt (1846), später zwischen Polen und Litauern und Weißrussen; dieser Prozess ist nach einer Zuspitzung in der Zwischenkriegszeit unter maßgeblicher Einwirkung Deutschlands und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zum Abschluss gekommen.

Die Polen hatten im 19. Jahrhundert einerseits Anteil an der europäischen Entwicklung zur modernen Gesellschaft, sichtbar an der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterbewegung im russischen Teilungsgebiet, andererseits lagen sie quer zur Herausbildung der modernen Nationalstaaten. Der Aufstand von 1863 wurde in Europa mit weniger Aufmerksamkeit betrachtet als jener von 1830; der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 hatte für Galizien die Konsequenz einer De-facto-Autonomie, die Reichsgründung 1871 polarisierte das deutsch-polnische Verhältnis. Am Ende des »langen Jahrhunderts« war die »polnische Frage« zwar aus den Schlagzeilen verschwunden, aber trotz Leugnung noch immer präsent.

### Das Zwischenspiel bis zum Wiener Kongress (1795–1815)

1795	In Paris entstehen die Emigrantenorganisationen »Agentur« und »Polnische Deputation«
1802/03	Ein Teil der polnischen Legionäre wird in Haiti eingesetzt, wo die meisten umkommen
1804–06	Fürst Adam Czartoryski russischer Außenminister
1805	Russische Niederlage bei Austerlitz
1806	Preußische Niederlage bei Jena und Auerstädt, Napoleon in Warschau
1807	Ausrufung des »Herzogtums Warschau«, Herzog wird König (seit Dezember 1806) Friedrich August von Sachsen
1812	Napoleons Zug nach Moskau
1813	»Völkerschlacht« bei Leipzig
1814–15	Wiener Kongress, »vierte« Teilung Polens

Seit der ersten Teilung 1772 versuchten die Teilungsmächte die neu gewonnenen Gebiete zu integrieren. Die Polen wurden dabei mit einer fremden Bürokratie konfrontiert, der die Tradition der alten Wahlämter fremd war. Der polnische Adel, soweit er reich oder begütert war, konnte seine herausragende Stellung in der Gesellschaft weitgehend bewahren. Die Lage der Bauern im Kaiserreich Österreich und im Königreich Preußen verbesserte sich, im Zarenreich hingegen verschlechterte sie sich. Über die Teilungsgrenzen hinweg versuchten die Polen die alten Verbindungen aufrechtzuerhalten, aber 1797 mussten sie sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden und sollten ihren Landbesitz außerhalb des jeweiligen Staates verkaufen. Die Stimmung in der adeligen und bürgerlichen Gesellschaft schwankte zwischen Resignation und Erbitterung auf der einen sowie Lebenslust und Verlust an Moral auf der anderen Seite.

Die Habsburger Monarchie hatte etwa 18 % des Territoriums der alten Adelsrepublik und 32 % ihrer Bevölkerung erhalten, die wegen angeblicher historischer Ansprüche des Königreichs Ungarn als »Königreich Galizien und Lodomerien« organisiert wurden; die erst 1795 gewonnenen Gebiete nannte man »Westgalizien« oder »Neugalizien«. Das Land war mit dreidreiviertel Millionen Menschen relativ dicht bevölkert. Der Norden und Westen war weitgehend ethnisch polnisch, der Osten zum größten Teil ukrainisch, mit einem großen Anteil an Juden (etwa 250 000). Die wirtschaftlichen Voraussetzungen waren zunächst nicht schlecht, da die Gebiete von den Verwüstungen der Aufstände verschont geblieben waren. Das agrarische Land hätte ein guter Markt für die Industrieerzeugnisse Böhmens sein können, aber die österreichische Bürokratie befolgte die guten Vorsätze nur einige Zeit, um dann in Korruption und Nachlässigkeit zu verfallen. Die Provinzen wurden durch hohe Steuern und Rekrutierungen belastet und ausgebeutet; Monopole sorgten mehr für den Fiskus als für die Menschen; die geringe Industrie im Land verkam. Das Ergebnis war ein langsamer Niedergang der peripheren Provinz, die im Laufe der Zeit zum Armenhaus Europas wurde. Im politischen Bereich ersetzte die Bürokratie die alten Selbstverwaltungskörperschaften. Der polnische Adel konnte dort durchaus Karriere machen, aber eben als Teil einer fremden Behörde. Der Grundsatz der Gleichheit im Adel wurde aufgehoben, weil den Magnaten und geistlichen Würdenträgern im neuen Landtag in Lemberg (Lwow, L'viv) ein Übergewicht eingeräumt wurde. Alle Macht ging nun vom Kaiser und König in Wien aus, dem man nur Petitionen unterbreiten konnte. Symbolisch kam die Herabstufung der Polen darin zum Ausdruck, dass das alte Königsschloss Wawel in Krakau in eine Kaserne verwandelt wurde. Die Szlachta verlor ihre politische Bedeutung und musste Steuern zahlen, blieb aber vom Militärdienst befreit.

Den Bauern brachte die österreichische Herrschaft gewisse Vorteile. Schon 1782 wurde die persönliche Bindung der Bauern an die Grundherren durch eine gemäßigtere Form der Untertänigkeit ersetzt. Der Bauer konnte frei heiraten, seinen Beruf wechseln und sogar seinen Herrn vor Gericht bringen. Die Unterscheidung zwischen Domänenland der Herren und dem Bauernland brachte ihm erstmals Rechtssicherheit im privaten Besitz, wenn dies auch in der Realität nicht überall durchzusetzen war. Dafür musste er nun höhere Steuern zahlen und Militärdienst leisten, zunächst lebenslang, dann auf zwanzig Jahre verkürzt. Die Verpflichtung der Grundherren zur Steuereintreibung vertiefte die Kluft zwischen Bauern und Adel, weil dieser für alle Unbill verantwortlich gemacht wurde. Erhöhte Steuern mussten auch die Stadtbevölkerung und die Juden zahlen, die nun zur Führung deutscher Familiennamen gezwungen wurden. Die Einführung weltlicher Schulen und der Militärdienst sollten den Weg zu einer Germanisierung ebnen, obgleich den Juden eine gewisse Sonderstellung verblieb. Die Einführung einer Pressezensur und einer starken Polizeiorganisation vervollständigten das Bild der österreichischen Herrschaft, die insgesamt dem Land wenig inneren Fortschritt brachte.

Das Königreich Preußen hatte von Polen zwar mehr Land als Österreich (20 % der Adelsrepublik), aber weniger Menschen (23 %) erhalten. Über die erstrebte Abrundung seines Territoriums an der Weichsel hinaus hatte es mit Warschau und Teilen Zentralpolens so viele ethnische Polen aufgenommen, dass diese nun um 35 % der Bevölkerung der auf das Doppelte gestiegenen Fläche Preußens ausmachten. Das vergleichsweise kleine und arme Preußen verfügte nicht über die Mittel für eine Assimilierung der polnischen Bevölkerung und beließ daher zunächst im Wesentlichen die alten Zustände, verbesserte aber schrittweise die Rechtssicherheit, bis diese 1794–97 durch die

Einführung des Allgemeinen Landrechtes gefestigt wurde. Demgegenüber etablierte der Staat schneller die Bürokratie in Westpreußen, »Südpreußen« und »Neuostpreußen«, wobei die preußischen Beamten vom polnischen Adel misstrauisch betrachtet wurden, während diese sich andererseits dem polnischen Adel überlegen dünkten.

Für Preußen bedeuteten die neuen Gebiete vorrangig einen ökonomischen Gewinn. Der Staat hatte die königlichen Güter und die Besitzungen von Aufständischen konfisziert und an preußische Adelige und Banken verkauft. Im Westen förderte er die Zuwanderung deutscher Siedler. Besitz an Ackerland war nur dem Adel vorbehalten, so dass die Städter dieses Recht aus der Verfassung vom 3. Mai 1791 wieder verloren. Während die Stadt Posen deutsche Bürger anzog und langsam aufblühte, verlor Warschau die Hälfte seiner Bevölkerung (von 120 000 auf 64 000). Das Problem der Juden sah der »aufgeklärte« Staat zunächst durch die fiskalische Brille, denn die armen Juden sollten ausgewiesen, die übrigen nach Besitz in »geschützte« und »geduldete« Juden eingeteilt werden. Das »Judenreglement« von 1797 sollte die Germanisierung der Juden fördern und ihre Selbstverwaltung abschaffen. Die Polen sahen dagegen in diesen Maßnahmen eine Bevorzugung der Juden, was eine zunehmende Animosität ihnen gegenüber zur Folge hatte.

Die Lage der Bauern besserte sich durch die Einführung der modernen Fruchtfolge und die Förderung des Kartoffelanbaus. Kredite sollten die Wirtschaftskraft heben, führten aber bald zur Überschuldung der Grundherren. Die rechtliche Stellung der Bauern auf Adelsgut wurde verbessert, indem ihnen jetzt der Weg vor das Gericht offen stand, auch wenn das Verbot des Bauernlegens nicht überall durchgesetzt werden konnte. Bauern auf ehemaligem Königsland wurden rechtlich frei und zu zinszahlenden Pächtern. Preußen setzte in der Bildungspolitik manche der von den Polen selbst eingeleiteten Reformen fort, aber



die Polen beklagten Schulschließungen und eine Tendenz zur Germanisierung; Universitätsbildung konnte nur außerhalb der neuen Gebiete erworben werden und hatte die Kenntnis der deutschen Sprache zur Voraussetzung. Insgesamt war die preußische Herrschaft durchaus unpopulär, obwohl Einzelpersonen, wie der Justizbeamte und Schriftsteller E. T. A. Hoffmann, in Warschau persönlich einen guten Eindruck hinterlassen haben.

Das Zarenreich hatte mit 62 % des Territoriums und 45 % der Menschen der Adelsrepublik den Löwenanteil erhalten. Diese Teile des ehemaligen Großfürstentums Litauen hatte Katharina II. wahrheitswidrig als »wiedergewonnene Gebiete« bezeichnet und in drei Gouvernements gegliedert. Während der Adel durchweg polnisch (polonisiert) war, war die übrige Bevölkerung ethnisch und konfessionell sehr unterschiedlich: Neben katholischen Polen und Litauern fanden sich unierte, orthodoxe und altgläubige Ostslaven, dazwischen mit um 10 % der Bevölkerung die Juden, mit denen das Zarenreich nun erstmals in Berührung kam. In der Binnenstruktur änderte die Zarin zunächst wenig, obgleich sie die Kompetenzen der Landtage und der Amtsträger beschnitt. Die polnische Sprache galt weiter in der Verwaltung und im Gerichtswesen, allerdings wurden die Steuern spürbar erhöht. Den Magnaten und dem wohlhabenden Adel verblieb grundsätzlich ihr Einfluss, und der Weizenexport über die Schwarzmeerküsten vermehrte ihren Reichtum. Dagegen ging die Bedeutung des Kleinadels generell zurück, denn Vergleichbares war im Zarenreich unbekannt. Besitzlosen Adeligen wurde sogar ihr Status aberkannt, und viele wurden in die Steppengebiete deportiert.

Am härtesten traf die staatliche Neuordnung die Bauern. Auch wenn das russische System der Leibeigenschaft nicht offiziell eingeführt wurde, so übernahmen es doch manche polnische Grundherren und sowieso jene russi-

schen Adeligen, denen Katharina die Kron Güter und die von den Aufständischen konfiszierten Güter geschenkt hatte. Die Bauern unterlagen auch dem Militärdienst, der damals 25 Jahre dauerte. In den Städten wurden die russischen Gesetze eingeführt, die Bevölkerung entsprechend dem Besitz in »Stände« eingeteilt und allmählich von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen. Infolge der Teilungen hatte Russland um eine Million Juden übernommen, die in Städten und verstreut auf dem Lande wohnten. Katharina bestimmte, dass sie nur in den bisherigen Siedlungsgebieten leben (»Ansiedlungsrayon«), also nicht ins eigentliche Russland ziehen durften. Sie wurden in Steuerkategorien eingeteilt und zum Leben in den Städten aufgefordert, was den als Mittlern zwischen Grundherren und Bauern tätigen Landjuden den Lebensunterhalt nahm. Stark betroffen waren auch die Kirchen; die katholische Kirche geriet unter staatliche Aufsicht und konnte den Kontakt mit dem Papst nur unter Zensur aufrecht erhalten; die unierte Kirche galt der orthodoxen als abtrünnig und sollte durch Enteignungen und Behinderungen zu einer Wiedereingliederung in die Orthodoxie bereit gemacht werden.

Eigenständige polnische Politik konnte nach den Teilungen nur außerhalb Polens versucht werden. Allgemein gesehen stellten sich für die Polen zwei Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Staates: Sie konnten versuchen, entweder einen der Monarchen der Teilungsmächte zu bewegen, gegen die beiden anderen zu ziehen, oder sie konnten mit einer auswärtigen Macht – das konnte nach Lage der Dinge nur das revolutionäre Frankreich sein – gegen alle drei Teilungsmächte kämpfen. Beide Wege sind nach 1795 versucht worden; denn in Wien und Berlin, besonders aber in St. Petersburg, haben polnische Adelige versucht, die jeweiligen Monarchen zu einer Förderung der Sache Polens zu motivieren. Sie konnten aber die Soli-

darität der Teilungsmächte in ihrer Angst voreinander und vor revolutionären Änderungen nicht beseitigen. In einem Vertrag vom 26. Januar 1797 wurde sogar die Bezeichnung »Polen« untersagt; lokale Unruhen in Südpolen hatten dafür die Begründung geliefert.

Ein Zusammengehen der Polen mit Frankreich hatte eine diplomatische und eine militärische Komponente. Das revolutionäre Frankreich war von Polen begeistert gewesen und hatte den General Kościuszko nach seiner Entlassung aus russischer Haft sogar zum Ehrenbürger erhoben. Unter dem Direktorium war die staatliche Gewalt konservativer geworden, und die Polen wurden als Jacobiner verdächtigt. Dazu kam, dass sich die Polen in der französischen Emigration infolge ihrer Zersplitterung selbst hemmten. Um Franciszek Barss (1760–1812), einen Vertrauten von Kościuszko, sammelten sich gemäßigte Bürgerliche und Adelige in der »Agentur« (*agencja*), der auch der Schriftsteller und Politiker Józef Wybicki (1747–1822) angehörte; im Sommer 1795 entstand die revolutionäre Gegengruppe der »Deputation« (*deputacja*) unter dem Priester Franciszek Dmochowski (1762–1808). Beide beanspruchten, für das ganze Polen zu sprechen, und bekämpften einander; beide hielten Verbindungen nach Polen, die »Agentur« zu einflussreichen Magnaten, die »Deputation« zu radikalen Gruppen, die auf der Basis der Verfassung vom 3. Mai auch die Bauern in das Konzept der polnischen Nation einbezogen.

Spektakulärer, aber ebenso erfolglos waren die Legionen, die seit 1796 mit der Zustimmung von Napoleon Bonaparte unter dem General Jan Henryk Dąbrowski (1755–1818) in Italien aufgestellt wurden. Die spätere Nationalhymne der Polen entstand in diesem Umfeld. Gegen vage Versprechungen Napoleons nahmen die Legionäre, die eine Gesamtstärke von um 30000 erreichten, an verschiedenen Feldzügen teil und brachten ein hohes Blutopfer in der Hoffnung, dass Napoleon Polen helfen wer-

de. Nach großen Verlusten wurde indes 1802 der Rest der Truppen in Haiti eingesetzt, wo der größte Teil den Aufständischen und dem Klima erlag. So sehr der verzweifelte Kampf der Legionen von der aufgeklärten Welt respektiert und bewundert wurde, so wenig konnte dieser letztlich zur Wiederherstellung Polens beitragen.

Die polnische Frage war in den wechselnden Koalitionen und Kämpfen mit und gegen Napoleon zwar ständig präsent, wurde aber nicht offen diskutiert und dem jeweils eigenen Machtkalkül untergeordnet. Den größten Erfolg versprach eine Zeitlang die Zusammenarbeit mit Russland, wo der junge Fürst Jerzy Adam Czartoryski (1770–1861) von einer Geisel am Zarenhof zum Freund und schließlich Außenminister des Zaren Alexander I. aufgestiegen war (1804). Als Kurator des Schulwesens reformierte er die Universität Wilna und bemühte sich um die kulturelle Hebung des polnischen Adels, der eine Brückenfunktion zwischen Polen und Russland übernehmen sollte. Seine Hoffnung, den Zaren zu einer Aktion gegen Preußen zu bewegen und in Polen eine Sekundogenitur der Romanovs einzurichten, scheiterten jedoch an der Loyalität Alexanders gegenüber dem preußischen Königspaar. Die Niederlage der russischen Armee gegen die Truppen Napoleons bei Austerlitz (2. Dezember 1805) und der Rücktritt Czartoryskis im Sommer 1806 schufen im Gegenteil die Grundlage für eine russisch-preußische Militäralianz. Napoleon spielte nun seinerseits offen die polnische Karte aus, indem er nach der Niederlage Preußens bei Jena und Auerstädt (14. Oktober 1806) einen Aufstand gegen Preußen anzetteln ließ, polnische Truppen aufstellte (die »Nordische Legion«) und nach Warschau zog. Auch diesmal war Napoleon nicht bereit, die Wünsche der Polen nach einer Wiederherstellung des Staates zu erfüllen, weil er sie als Trumpf gegen Russland benützen wollte. Die zynische Bemerkung, dass die Polen erst beweisen müssten, »wert zu sein, eine Nation zu bilden«, bezeugt die Instrumenta-

lisierung der polnischen Frage in seinen weitergehenden Plänen.

Da Kościuszko nicht bereit war, sich Napoleon für diese Funktion zur Verfügung zu stellen, fehlte den Polen eine überzeugende Führungspersönlichkeit. In Zusammenarbeit mit dem Hochadel richtete Napoleon Anfang 1807 eine »regierende Kommission« ein, die als eine Zivilregierung fungierte, von den Franzosen abhängig war und eine polnische Armee aufstellen sollte. Der Streit um Posten und die Rückkehr zu überlebten Verhaltensformen in der Armee – die Prügelstrafe wurde von den Legionären vehement abgelehnt – schufen jedoch weitere Unzufriedenheit unter den Betroffenen. So war auch neben diesen wachsenden Spannungen die Liebesaffäre Napoleons mit Maria Walewska nur eine Marginalie. Inzwischen waren die polnischen Truppen auf um 40 000 Mann angewachsen und wurden auch in der entscheidenden Schlacht von Friedland am 14. Juni 1807 eingesetzt, in der Preußen ausgeschaltet wurde. Der Zar und der korsische Kaiser trafen sich auf einem Floß auf dem Fluss Njemen, um die Welt zu teilen, wie eine Karikatur festhielt. Im Frieden von Tilsit (7. Juli 1807) bewahrte der Zar Preußen vor der Vernichtung und handelte für Polen nur eine Minimallösung aus, das Herzogtum Warschau.

Das Herzogtum Warschau umfasste knapp 103 000 km<sup>2</sup> und fast 2,6 Millionen Einwohner. Es bestand zunächst aus den an Preußen gefallen Gebieten der dritten Teilung und aus einigen der ersten; nach der Niederlage Österreichs von 1809 kamen im Frieden von Schönbrunn (14. Oktober 1809) weitere um 50 000 km<sup>2</sup> hinzu, und die Einwohnerzahl stieg auf 4,3 Millionen; davon waren 79% Polen, 7% Juden, 6% Deutsche und je 4% Litauer und Ukrainer. Als Kompensation hatte Russland das Gebiet von Białystok im Osten annektiert. Danzig und das Umland wurde unter gemeinsame Verwaltung von Preußen und Sachsen gestellt, jedoch de facto vom französischen

Militär verwaltet. Als Erbfürst war der König von Sachsen Friedrich August eingesetzt worden, dem Preußen einen ungehinderten Verbindungsweg durch Schlesien zusichern musste. Zwar hatte man den Namen »Polen« für diese Staatskonstruktion vermieden, aber polnisch war die Amtssprache, die polnischen Traditionen lebten wieder auf, und wer aus den anderen Teilungsgebieten in den Militärdienst des Herzogtums trat, erwarb automatisch dessen Staatsangehörigkeit. Mit den alten polnischen Städten Warschau, Krakau und Posen konnte das Herzogtum als Kern für einen zukünftigen polnischen Staat gelten. Über die Verfassung entbrannte bald ein Streit der Polen, in dem die einen ein modifiziertes Konzept der Verfassung vom 3. Mai 1791 vorschlugen, die Radikalen aber eine Beteiligung weiterer Bevölkerungsschichten forderten. Diesen Streit beendete Napoleon mit seinem Verfassungsentwurf »Statut constitutionnel du duché de Varsovie«, den er am 22. Juli 1807 unterzeichnete.

Die Verfassung gab dem Monarchen die volle exekutive Gewalt und die Gesetzesinitiative. Es waren aber auch einige polnische Eigenheiten aufgenommen worden, so die Verfahren im Parlament, die Unterscheidung von Adel und Nichtadel und die Wahl der Staatsvertreter auf niedriger Ebene. Dem König verantwortlich waren fünf Minister, die die Ressorts für Justiz, Inneres und Religionsangelegenheiten, Krieg, Finanzen und Polizei leiteten. Zur Führung der Geschäfte konnte ein Vizekönig bestimmt werden, und die Abwesenheit des Königs, der überhaupt nur viermal in Warschau erschien, gab der Regierung faktisch ein größeres Gewicht. Die Legislative lag beim Sejm, der aus zwei Kammern bestand; diese waren der Senat mit ernannten Würdenträgern und die Abgeordnetenkammer mit indirekt gewählten Vertretern der Sejmiki und der Stadtversammlungen. Da die Kammer nur alle zwei Jahre für zwei Wochen zusammentreten sollte und kein Beschlussrecht für das Budget hatte, war ihr Einfluss von

vornherein begrenzt. Das ganze Land wurde nach französischem Vorbild in Departements eingeteilt und von ernannten Beamten verwaltet, deren Zahl 1809 auf 9000 anstieg. Unabhängige, auf Lebenszeit gewählte Richter waren die Säulen des Rechtssystems, das seit 1808 auf dem *Code Napoléon* beruhte.

Die Verfassung war eine Mischung von liberalen und autoritären Elementen und in vielem nicht zu Ende gedacht. So wurden die Bauern zwar aus der Abhängigkeit befreit, aber sie erhielten kein Land, sodass viele in den Städten oder in der Armee ihren Unterhalt verdienen mussten. Die Vorstellung, dass die Bauern mit den Grundherren freie Verträge aushandeln sollten oder ihr Land kaufen könnten, ging an der Wirklichkeit vorbei. Eine andere Gruppe, der Rechte vorenthalten wurden, waren die Juden. Ein Übertritt zum Christentum stellte diese den Polen gleich, sonst wurde ihnen eine Frist von zehn Jahren eingeräumt, innerhalb deren sie sich assimilieren sollten. Nur wer reich genug war, konnte die Bestimmungen umgehen, Land erwerben und dann sogar das Wahlrecht ausüben. Die Rechte der Szlachta blieben gewahrt, auch wenn das wohlhabende Bürgertum das Wahlrecht erworben hatte; Adelige waren überproportional in den Ämtern und im Sejm vertreten.

Die Einführung des *Code Napoléon* verstärkte die laizistischen Elemente zu Lasten der katholischen Kirche, die zwar als Staatskirche anerkannt war, aber die Zivilehe und die Erlaubnis zur Scheidung hinnehmen musste. Die Armee hatte eine dominante Stellung im Herzogtum, da dieser Staat aus dem Krieg entstanden war und die Polen durch einen weiteren Krieg eine Wiederherstellung des polnischen Staates erhofften. Frankreich trug für einige Regimenter die Kosten und setzte sie auch außerhalb Polens ein. Insgesamt sind in den sechs Jahren der Existenz des Herzogtums 180 000 bis 200 000 Mann beim Militär gewesen und haben unter dem Kommando von Offizieren

aus der Legion gedient. Die Armee war eine schwere finanzielle Bürde, die fast zwei Drittel des Staatshaushalts verschlang. Dazu kam die Rückzahlung von Anleihen und Krediten, die Frankreich von Preußen übernommen hatte (*sumy bajonskie*). Die Einnahmen des Staates aus dem Salzbergwerk Wieliczka, aus den Kronländereien, aus Monopolen und Steuern reichten gerade aus, um 1811 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Als aber im folgenden Jahr die Grande Armée versorgt werden musste, geriet der Staat an den Rand des Bankrotts. Hart traf das Land auch die politisch motivierte Kontinentalsperre, die den Export polnischen Getreides erheblich behinderte. Zölle belasteten den Handel mit Russland; die Steuern waren hoch; der Handel mit Preußen war infolge der politischen Gegebenheiten unmöglich. Aufgrund der ungelösten sozialen und politischen Probleme standen nur die Armee, die Verwaltung, der Kleinadel und die wohlhabenden Stadtbewohner hinter dem neuen Staat, während der größte Teil der Bevölkerung ihm seine Zustimmung versagte. Der konservative Hochadel beneidete die Ständegenossen in Russland um ihre ungekürzten Privilegien; die aufgeklärten Reformer fanden zu wenig von ihren Ideen verwirklicht. Die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft spiegelt sich in der Pamphletliteratur jener Tage wider, in der ein Satiriker schrieb, das Herzogtum werde von »einem deutschen König, dem polnischen Soldaten, vom preußischen Geld und französischer Regierung, französischem Recht und Gesetz« beherrscht.

Die Hoffnungen der Polen, das Herzogtum Warschau zu vergrößern und dadurch Polen wieder erstehen zu lassen, schienen sich mit dem Krieg zwischen Frankreich und Österreich 1809 zunächst zu erfüllen. Zuvor hatte Napoleon vergeblich versucht, den Zaren zur Übernahme des ganzen Herzogtums zu bewegen. Auch der Krieg mit Österreich lockte den Zaren nicht aus seiner Reserve. Als österrei-

chische Truppen Warschau eroberten und die polnische Armee unter Józef Poniatowski und Dąbrowski im Gegenzug tief nach Galizien eindringen, rückten auch russische Truppen dort vor, setzten aber die österreichischen Behörden wieder ein. Die Niederlage Österreichs bei Wagram ergab das enttäuschende Resultat, dass die Polen trotz ihres Anteils am Sieg Napoleons ihre Wünsche gegen Napoleon nicht durchsetzen konnten. Dieser erklärte dem Zaren, dass er nicht an eine Wiederherstellung des polnischen Staates denke. Als Kompromiss wurde im Frieden von Schönbrunn festgelegt, dass nur die 1795 an Österreich gefallen Gebiete Neu- und Westgaliziens dem Herzogtum Warschau angeschlossen würden.

Der Krieg von 1809 hatte auch Auswirkungen auf die innere Lage im Herzogtum. Die Idee der nationalen Befreiung hatte breite Schichten der Bevölkerung ergriffen, was die Magnaten zu Recht als Ruck nach links werteten. Die radikale Opposition gewann an Boden, war aber enttäuscht darüber, dass Napoleon mit Rücksicht auf die Interessen Russlands nicht den großen Wurf einer Wiederherstellung des polnischen Staates wagte und nur unklare Versprechungen abgab. In dieser Situation versuchte Czartoryski erneut (1811), den Zaren zu einer Übernahme ganz Polens unter seinem Regiment zu bewegen und ihm eine halbautonome Stellung wie Finnland im Zarenreich zu gewähren. Währenddessen wurde in Warschau eine kontroverse Diskussion über die Zukunft des Landes geführt, und es gibt einige Hinweise darauf, dass für 1811 Pläne für einen Aufstand diskutiert wurden, die jedoch die Kriegsvorbereitungen hinfällig machten.

Napoleon hat 1812 Russland nicht leichtfertig angegriffen, aber er ist wohl in seinem Handeln über die ursprünglichen Pläne hinausgegangen. Im Juni 1812 zog er eine Armee von über einer halben Million Mann in Polen zusammen, in der sich Soldaten aus ganz Europa befanden, darunter über 70 000 Polen. Es war aber kein gutes Omen

für die Polen, dass ihre Truppen auf verschiedene Einheiten verteilt wurden und nicht als ein Korps unter eigener Flagge kämpfen durften. Angesichts der Last, die das Land mit der Versorgung der Truppen und dem Verhalten der Soldateska zu tragen hatte, waren die Versprechungen für die Zukunft des Landes unzureichend. Während die Grande Armée auf Moskau vorrückte und die russische Armee in die Tiefe des Landes zurückwich, wurde in den eroberten Gebieten eine neue Ordnung eingerichtet, die vor allem neue Rekrutierungen zur Folge hatte.

Die Hinhaltetaktik der Russen und der Brand Moskaus verursachten den Untergang der Armee Napoleons (November 1812), die auf der Flucht schließlich fast völlig aufgerieben wurde. Obwohl nur wenige Polen zurückkehrten, konnte Poniatowski im Frühjahr 1813 erneut 16 000 Mann aufbieten, die in der Völkerschlacht bei Leipzig gemeinsam mit ihrem General untergingen (18. Oktober 1813). Währenddessen hatten die Russen Warschau eingenommen und sich gegen den Wunsch Preußens dort festgesetzt. Der Zar machte den Polen Versprechungen, das Land unter seinem Zepter zu einigen. Das französische Recht blieb in Geltung, die bürokratischen Strukturen bis hin zu den Selbstverwaltungskörperschaften und den Gerichten wurden gewahrt. Im März 1813 richtete der Zar unter dem Russen V. S. Lanskoy eine provisorische Regierung ein, in der Russisch die Verhandlungssprache war. Auch Fürst Czartoryski tauchte wieder auf und versuchte zwischen den Polen und dem Zaren zu vermitteln, ohne jedoch seinem Ziel näher zu kommen.

Die eigentliche Regelung der polnischen Frage sollte auf dem Wiener Kongress erfolgen, der im September 1814 zusammentrat. Der Zar Alexander bemühte sich nun, das ganze Gebiet des Herzogtums Warschau zu behalten und mit den anderen polnischen Territorien zu einem neuen Königreich umzugestalten. Preußen wäre darauf eingegangen, wenn ihm Sachsen zugesprochen worden wäre; dage-

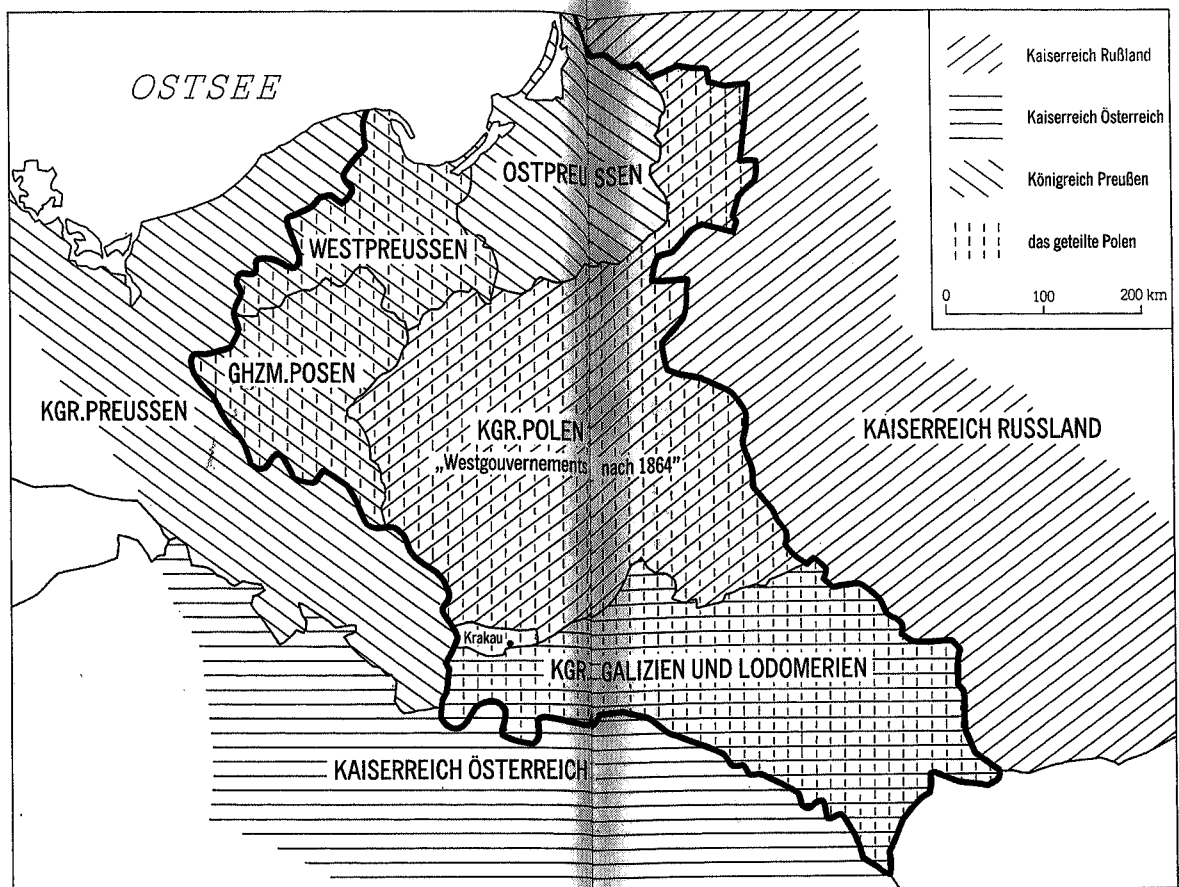
gen opponierte jedoch Österreich ganz entschieden, weil Preußen damit ein Übergewicht in Deutschland erhalten hätte. England befürchtete vor allem einen Machtzuwachs Russlands. So gerieten die Verhandlungen bis an den Rand eines Krieges, als Dąbrowski im Oktober 1814 mit seinen Truppen in österreichisches Gebiet einmarschierte. Schließlich musste der Zar in einen Kompromiss einwilligen: Russland behielt den größten Teil des Herzogtums Warschau, Preußen bekam die westpolnischen Gebiete und trotz aller Proteste auch Danzig, Krakau wurde zu einer freien Stadt erklärt unter dem gemeinsamen Protektorat der Teilungsmächte.

Trotzdem wurde ein gemeinsames Band zwischen den neuerlichen Teilungsgebieten gewahrt. Der Artikel 14 der Schlussakte garantierte den freien inneren Verkehr von Menschen und Waren über die innerpolnischen Grenzen hinweg. Die Polen sollten an der Regierung der jeweiligen Teilungsmacht beteiligt werden. Die Westgrenzen des neuen Königreiches Polen wurden zwar genau bezeichnet, aber die Ostgrenze konnte der Zar nach eigenem Gutdünken bestimmen.

Die Polen hatten auf dem Wiener Kongress zugleich einen Sieg und eine Niederlage erlitten: Zwar war ein neues Königreich entstanden, erkaufte durch den Tod vieler Soldaten, die das polnische Problem aus dem erzwungenen Vergessen gerissen hatten, aber der Umfang und die Art der Eingliederung in den russischen Herrschaftsbereich verursachte zugleich eine tiefe Enttäuschung. Auch auf Seiten der Teilungsmächte herrschte keine eitle Freude. Deren arroganter Versuch, zusammen mit dem Staat auch den Namen »Polen« auszulöschen, war gescheitert; als »Kongresspolen« (*kongresówka*) war es wieder entstanden. Insoweit war die achtjährige Existenz des Herzogtums nicht ohne Folge geblieben. Der Zar war gekränkt, dass sein Angebot einer Rekonstruktion des polnischen Staates unter seiner Krone nur sehr mäßige Zustimmung bei den

Polen fand, und die Möglichkeit eines Krieges hatte ihn tief getroffen. Österreich hatte zwar Preußens Ambitionen abwehren können, sah sich nun aber einem noch mächtigeren Russland als unmittelbarem Nachbarn gegenüber.

Auch in der Innenpolitik hatte die kurze Periode des Herzogtums Spuren hinterlassen. Eine Modernisierung von oben war in der Politik und im Sozialgefüge eingeleitet worden, die noch unvollendet und widersprüchlich war. Der Beseitigung der bäuerlichen Abhängigkeit korrespondierte nicht die tatsächliche Macht der Szlachta und der Magnaten, die die alten Zustände bewahren wollten. Der *Code Napoléon* schützte Bürgerfreiheit und ökonomische Aktivitäten, aber diese bremste die konservative Politik des Adels und der Regierung. Es waren vor allem Anstöße erfolgt; eine Mobilisierung der Bevölkerung hatte begonnen; der nationale Gedanke hatte die Menschen aus der Lethargie gerissen. All dies war nicht einfach zurückzunehmen, sondern sollte sich auf verschiedene Weise fortentwickeln. So traten nun die Stadtbewohner allmählich in den Vordergrund, vermischten sich mit der armen Szlachta, der sie Erwerbsinn mitteilten, von der sie andererseits die Verhaltensformen übernahmen. Städter nahmen an der Verwaltung, an Vertretungskörperschaften, in der Armee, in den Freimaurerlogen teil, sie wurden in den Sejmkommissionen beteiligt, errangen bessere Bildungsmöglichkeiten. Zwar blieb der Adel der führende Stand, aber die anderen Stände hatten an Boden gewonnen und sich als nützliche Verbündete erwiesen. Das Herzogtum Warschau ging als Schöpfung Napoleons mit dessen Sturz zugrunde, es lebte aber nicht nur als Legende im polnischen Volk weiter. Die grundlegenden Reformen im politischen und militärischen Bereich blieben bis 1831 in Geltung, im administrativen Bereich bis 1863 bzw. 1867, in der Justiz bis 1876; wesentliche Teile des Zivilrechtes wurden bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewahrt.



*Das geteilte Polen*